

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsintrate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsintrate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshausenstraße 38-42. Telefon-Nr. 38 u. 40. Telegr.-Adr.: K. V. B. Bochum.

Willkommen!

In der alten Welfenstadt Hannover treten am 22. März die Delegierten aus allen deutschen Kaligebieten zur ersten Arbeit zusammen, um Stellung zu nehmen zu dem geplanten neuen Reichskaligesez, um die zeitgemäßen und notwendigen Forderungen für alle Arbeiterkategorien in der Kaliindustrie aufzustellen, sie der Regierung und dem Reichstag zu unterbreiten. Die Arbeiter müssen rechtzeitig ihre Stimme erheben, sollen vor aller Öffentlichkeit bekunden, wie ihr Los bestellt ist und wo die Gesetzgebung eingzugreifen hat. Das Kaligesez von 1910 hat den Arbeitern Steine statt Brot gebracht, hat allzu wenig Rücksicht genommen auf die berechtigten Forderungen und Wünsche der Arbeiterschaft, und alle Bemühungen der Arbeiterpartei, besonders der Kameraden Sauer und Sacke, die Interessen der Bergarbeiter gewahrt zu sehen, wurden von der kapitalistischen Mehrheit des Reichstags unter Mitwirkung der „christlichen“ Arbeiterführer vereitelt. Möchten sie die besten Vorschläge stellen, sie wurden abgelehnt, sofern sie dem Unternehmertum einige Kosten verursachten. Die Interessen der Unternehmer, der Kapitalisten, unter allen Umständen zu wahren, war das Bestreben der damaligen Reichstagsmehrheit. Und sie konnten es, weil die Kaliarbeiter ihren Interessen gleichgültig gegenüberstehen, weil die Werksherren sich darauf berufen konnten: „Unsere Arbeiter sind zufrieden!“ Zu den „zufriedenen“ Arbeitern rechnen die Unternehmer und die Regierungsvertreter alle unorganisierten und solche, die in „christlichen“ oder gelben Verbänden ihre unzufriedenen Kameraden im Bergarbeiterverband bekämpfen. Zufriedene Arbeiter bekommen aber nichts, das haben die Kaliarbeiter 1910 erleben müssen.

Das Gesez von 1910 sollte dem Gründerschwindel in der Kaliindustrie Einhalt gebieten, die Produktion, die Preise und die Löhne regeln, aber es hat den Zweck nicht erfüllt, deshalb muß das Gesez nach so kurzem Bestehen schon geändert werden. Die Kaliindustrie, die auf Deutschland beschränkt ist, mißt in eine Monopolstellung ein, hat sich andauernd riesig entwickelt. Der Syndikatsabsatz und der Wert desselben ab 1880 bis 1912 betrug:

im Jahre	Gesamtabsatz in dz K ₂ O	Wert des Absatzes in Mk.	im Jahre	Gesamtabsatz in dz K ₂ O	Wert des Absatzes in Mk.
1880	685 700	19 202 000	1904	4 301 406	74 077 764
1885	846 206	20 732 000	1905	4 832 681	81 642 749
1890	1 228 019	27 025 000	1906	5 475 341	91 683 987
1895	1 698 597	34 370 000	1907	5 579 759	97 718 134
1900	3 038 000	56 230 310	1908	5 016 221	101 187 005
1901	3 481 470	59 128 509	1909	6 733 309	116 505 713
1902	3 289 365	56 889 087	1910	8 578 826	148 000 000
1903	3 664 206	64 107 854	1911	9 399 269	160 000 000
			1912	10 092 360,25	177 000 000

Gegen das Hochkonjunkturjahr 1907 ist der Gesamtabsatz gestiegen um 4 512 610 Dz. = 80,9 Prozent, der Wert des Absatzes um 79 281 866 Mk. = 81,1 Prozent.

Die Geschäftslage der Kaliindustrie wäre danach ebenfalls eine glänzende, wenn die Zahl der Werke nicht in ungleich höherem Maße gestiegen wäre wie der Absatz. Mit vier Werken wurde das Kalisyndikat 1879 in loser Form gegründet, mit zehn Werken 1888 auf eine straffere Grundlage gestellt, mit zwölf Werken 1898 erneuert; 1904 betrug die Zahl der Werke schon 28, 1909 53, 1910 sogar 65, die für das Kalisyndikat in Betracht kamen. Um den Kalibergbau vor dem Zusammenbruch infolge dieser wahnwitzigen Gründervut zu schützen, wurde am 25. Mai 1910 das Kaligesez in Kraft gesetzt. Selbst die „Rheinische Westfälische Zeitung“ schrieb am 13. Mai 1910 hierzu u. a.: „Das Kaligesez ist entstanden, weil das private kapitalistische System völlig Fiasko gemacht hat.“ Das Kaligesez hat an den Produktionsverhältnissen nichts geändert, die Zahl der Werke steigt weiter und beträgt jetzt schon 130, Ende des Jahres werden es 165 sein, weitere 110 sind im Schachtbau begriffen, so daß Ende 1914 ungefähr 275 Werke betriebsfähig sein werden.

Von 1880 bis 1912 ist der Absatz gestiegen um 9 406 660 Dz. gleich 1372 Prozent, der Wert des Absatzes um 157 798 000 Mk. gleich 821,8 Prozent, die Zahl der Werke um 126 gleich 3150 Prozent. Die Zahl der Werke ist danach 2 1/2 mal so stark gestiegen, wie der Absatz, und fast viermal so stark, wie der Wert des Absatzes. Wenn das von der Regierung angekündigte neue Kaligesez nicht gründliche Arbeit macht, ist danach der Kalibergbau unermesslich.

Die Delegierten werden zu allen Fragen des Betriebes Stellung nehmen, werden ihre Forderungen eingehend begründen, klar und bestimmt zum Austrag bringen, was sie von der Gesetzgebung verlangen. Und wir haben zu den Männern der harten Bergarbeit das volle Vertrauen, daß sie Lichtiges schaffen werden für ihren Beruf und damit für den gesamten deutschen Kalibergbau. Wir heißen sie deshalb herzlich willkommen und wünschen ihren Arbeiten ein großes Glück auf!

Wo bleibt die energische Lohnbewegung?

Diese Frage haben wir schon sehr oft an die „Christenführer“ gestellt, ohne Antwort zu erhalten. Allen Anschein nach warten wir auch vergeblich auf Antwort. Zwar steht längst fest, daß eine ausreichende, den Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung nicht eingetreten ist. Für diesen Fall hatten die „Christenführer“ eine energische Lohnbewegung in Aussicht gestellt. Worte und Taten sind aber bei diesen Leuten zweierlei, so lange die „christlichen“ Mitglieder sich das gefallen lassen.

Im 4. Vierteljahr 1907 hatten die Löhne fast in allen Bergrevieren den Höchststand erreicht, von da ging es mit Riesenschritten abwärts. Allein durch die Lohnrückgänge sind den Bergarbeitern im preussischen Bergbau 191 698 085 Mk. Lohnverluste entstanden, ungerchnet die Verluste, die ihnen durch die vielen Feierschichten entstanden sind. Die Durchschnittslöhne und Lohnverluste betragen in den einzelnen Revieren (in Mark):

	1907	1908	1909	1910	1911	1912	Gesamtlohnverlust
Muhregebiet	4,09	4,76	4,48	4,81	4,75	5,17	150 117 440
Oberschlesien	3,55	3,52	3,40	3,45	3,51	3,73	8 711 440
Niederschlesien	3,89	3,81	3,20	3,30	3,36	3,58	9 982 471
Saargebiet	4,07	4,03	3,98	4,04	4,14	4,31	4 054 087
Nachener Revier	4,60	4,54	4,41	4,58	4,64	5,02	4 215 000
Galler Braunkohlenr.	3,70	3,58	3,57	3,65	3,74	3,88	5 370 880
Linsch. Braunkohlenr.	3,09	3,06	3,01	3,06	4,00	4,15	379 422
Galler Salzbergbau	3,98	3,92	3,88	4,04	4,28	4,35	402 001
Clausth. Salzbergbau	4,11	4,08	4,04	4,17	4,30	4,43	383 790
Mansfelder Erzbergb.	3,52	3,40	3,44	3,60	3,53	3,88	1 374 409
Siegener Erzbergbau	4,37	3,05	3,00	3,30	4,00	4,34	7 721 375
Rassauer Erzbergbau	3,51	3,02	3,10	3,30	3,41	3,47	2 928 783
Rechtsh. Erzbergbau	3,67	3,20	3,34	3,44	3,51	3,74	2 098 342
Zusammen							191 698 085

Die Durchschnittslöhne standen danach in den „christlichen“ Hochburgen Siegen und Nassau im 4. Vierteljahr 1912 noch niedriger, wie im 4. Vierteljahr 1907. Das mag sich der „Bergknappe“, der immer wieder auf die angebliche Verbandshochburg Niederschlesien hinweist, hinter den Spiegel stecken. Wie mit den Durchschnittslöhnen der Gesamtbelegschaft, steht es auch mit denen der Sauer und Lehrhauer. Diese betragen (in Mark):

	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Muhregebiet	6,14	5,77	5,30	5,45	5,03	6,21
Oberschlesien	4,10	4,02	3,97	3,91	4,01	4,32
Niederschlesien	3,73	3,61	3,51	3,54	3,63	3,87
Saargebiet	4,65	4,64	4,50	4,57	4,69	4,95
Nachener Revier	5,36	5,10	4,98	5,11	5,26	5,72
Galler Braunkohlenrevier	4,38	4,15	4,13	4,16	4,21	4,34
Linsch. Braunkohlenrevier	4,31	4,27	4,24	4,40	4,40	4,69
Galler Salzbergbau	4,36	4,25	4,16	4,40	4,75	4,91
Clausth. Salzbergbau	4,67	4,63	4,51	4,60	4,83	4,99
Mansfelder Erzbergbau	3,73	3,58	3,64	3,77	4,05	4,08
Siegener Erzbergbau	4,97	4,04	4,08	4,36	4,50	4,93
Rassauer Erzbergbau	3,70	3,15	3,23	3,47	3,57	3,65
Rechtsh. Erzbergbau	4,17	3,61	3,60	3,82	3,92	4,18

Wenn auch danach die Löhne in den meisten Revieren gegen 1907 eine geringe Steigerung aufweisen, so kann doch von einer den Verhältnissen entsprechenden Lohnerhöhung nirgends die Rede sein. Und erst recht haben die Bergarbeiter keinen Erfolg erhalten für die gewaltigen Lohnverluste, die ihnen durch die Lohnrückgänge seit 1907 entstanden sind.

Die „Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 60 vom 12. März) nennt es einen „oft gerügten Fehler“, weil wir bei unserer Betrachtung der Lohnentwicklung vom Höchststand 1907 ausgehen. Wir können aber nicht einsehen, warum das ein Fehler sein soll. Waren die Löhne denn 1907 zu hoch? Das wird auch die „Bergwerks-Zeitung“ nicht behaupten wollen, wie sie auch nicht bestreiten kann, daß die gesamte Lebenshaltung sich seither weiter um mindestens 20 Prozent verteuert hat. Waren die Löhne seit 1907 den Verhältnissen entsprechend gestiegen, müßten sie jetzt betragen für Sauer und Lehrhauer im Muhregebiet 7,33 Mk. statt 6,21 Mk., in Oberschlesien 4,82 Mk. statt 4,32 Mk., in Niederschlesien 4,50 Mk. statt 3,87 Mk., im Saargebiet 5,58 Mk. statt 4,95 Mk., im Nachener Revier 6,42 Mk. statt 5,72 Mk., im Galler Braunkohlenrevier 5,25 Mk. statt 4,34 Mk., im linksrheinischen Braunkohlenrevier 5,17 Mk. statt 4,69 Mk., im Galler Salzbergbau 5,23 Mk. statt 4,91 Mk., im Clausth. Salzbergbau 5,60 Mk. statt 4,90 Mk., im Mansfelder Erzbergbau 4,48 Mk. statt 4,08 Mk., im Siegener Erzbergbau 5,96 Mk. statt 4,93 Mk., im Nassauer Erzbergbau 4,44 Mk. statt 3,65 Mk., im rechtsrheinischen Erzbergbau 5 Mk. statt 4,18 Mk. Daß unsere Kaliflation nicht zu hoch, sondern weit eher noch zu niedrig ist, wird jeder Kenner der Verhältnisse bestätigen müssen. Selbst die „Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 46 vom 28. Februar 1913) schrieb:

„Die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise ist der direkte und begründete Anlaß zu stets sich steigenden Lohnforderungen, die die gewerblichen und industriellen Unternehmer, groß und klein, ohne Unterschied, in immer neue Verlegenheiten bringen, Lohn- und Arbeitskämpfe verursachen, Streiks und Ausschreitungen hervorrufen, den sozialen Frieden stören und die Ertragskräfte der Unternehmungen immer geringer und immer fragwürdiger machen. Die Steigerung

der Lebensmittelpreise bildet den Anfang der Schraube ohne Ende; sie treibt alles andere hervor — nur nicht die Preise der industriellen Produkte, wenigstens nicht in einem annähernd entsprechenden Maße, und somit hat nach lange nicht „die ganze Welt“ Geld, wenn es der Bauer hat. Die direkte Folge dieses Emportreibens der Kosten der Lebenshaltung ist vielmehr nicht eine Befruchtung, sondern eine Verdröhung der gewerblichen und industriellen Konjunktur, die eine solche Befruchtung mit immer größer werdenden Produktionskosten nicht ertragen kann.“

Die „Bergwerks-Zeitung“ setzt sich danach mit sich selbst in Widerspruch, wenn sie jetzt behauptet, es sei ein Fehler, bei der Betrachtung der Lohnentwicklung vom Höchststand 1907 auszugehen! Demgegenüber ist es bezeichnend für die Moralbegriffe der „Bergwerks-Zeitung“, daß sie bei ihren Betrachtungen über die Lohnentwicklung in der Regel vom Tiefstand des Krisenjahres 1888 ausgeht, wo die Durchschnittslöhne der Bergarbeiter im Ruhrgebiet nur 2,60 Mk. betragen, was sich aber mit den Moralanschauungen der „Bergwerks-Zeitung“ zu decken scheint.

Wir haben in Nr. 9 der „Bergarbeiter-Zeitung“ in einer Betrachtung über das Kohlensyndikat die Gewinnergebnisse von 33 Werken des Ruhrgebiets zusammengestellt, welche gegliedert sind von insgesamt 85 226 127 Mark im Jahre 1909 auf 129 982 580 Mark im Jahre 1912 oder um 44 756 453 Mark, gleich 52,5 Prozent! Auch daran stoßen sich die Moralbegriffe der „Bergwerks-Zeitung“. Zwar kann sie unsere Angaben nicht bestreiten. Aber sie montiert, daß wir nicht die Gewinnergebnisse aller Werke gebracht und bei einigen die Bruttogewinne angegeben haben. Dadurch entstände ein falsches Bild.

Wir möchten die „Bergwerks-Zeitung“ ermahnen, bevor sie uns Vorhaltungen macht, zu veranlassen, daß uns die Verwaltungsberichte von sämtlichen Werken zugesandt werden müssen. Solange das nicht geschieht, sind wir auf die Berichte in der Zechenpresse angewiesen und wir können nicht mehr bringen, wie die Zechenverwaltungen dort mitzuteilen für gut erachten. Wir würden gern mehr und eingehender berichten, wenn uns die Berichte zugänglich wären. Die „Bergwerks-Zeitung“ mag dafür sorgen, daß diesem Mangel abgeholfen wird, statt uns völlig grundlos zu beschuldigen.

Aber das wird nicht geschehen, denn dann würde sich herausstellen, daß die Gewinnergebnisse der Werke noch weit höher sind, wie es in unseren Zusammenstellungen zum Ausdruck kommt. Veröffentlichung doch eine große Anzahl der bedeutendsten und rentabelsten Werke überhaupt keine Gewinnergebnisse. Wir nennen nur Deutscher Kaiser, Rheinpreußen, Neumühl, Zollverein, Matthias Stinnes usw. All diese Zechen erzielen nach ihrer ganzen Lage sicher Riesengewinne. Würden diese Riesengewinne veröffentlicht, würde das Gesamtbild sich noch bedeutend günstiger gestalten, wie es in unserer Zusammenstellung zum Ausdruck kommt. Die Vorstellungen der „Bergwerks-Zeitung“ sind also auch nach der Richtung völlig verkehrt.

Sehr lächelnd nimmt es uns die „Bergwerks-Zeitung“ auch, daß wir Gewinnergebnisse von Nichtsyndikatszechen angeführt haben, obwohl sich unsere Beweisführung angeblich nur gegen das Syndikat gerichtet habe. Dieselbe „Bergwerks-Zeitung“ hat aber schon oft zum Ausdruck gebracht, daß die Nichtsyndikatszechen im Schatten des Syndikats gut bestehen könnten, d. h. denselben Nutzen davon hätten, wie die Syndikatszechen, sich aber die Syndikatsumlage sparen. Wie kommt das Blatt trotzdem dazu, uns Vorhaltungen zu machen?

Sogar gemischte Werke, wie der Bochumer Verein und die Gutehoffnungshütte, hätten wir mit angeführt, klagt die „Bergwerks-Zeitung“, vergißt aber dabei anzuführen, daß zu diesen beiden Werken neun Zechen gehören, für die besondere Gewinnergebnisse nicht veröffentlicht werden. Uebrigens sind Gelsenkirchen, Phönix, Deutsch-Luzemburg u. a. doch auch gemischte Werke, deren Gewinnergebnisse aber nach der „Bergwerks-Ztg.“ kein Maßstab sind für die Rentabilität des Kohlenbergbaues. Schon heute nehmen die gemischten Werke eine herrschende Stellung ein. Das wird in Zukunft noch mehr der Fall sein. Das scheint der „Bergwerks-Zeitung“ nicht bekannt zu sein, sonst würde sie sich ihre dahingehenden Ergüsse gespart haben.

Nach der „Bergwerks-Zeitung“ sollen die Kartelle und Syndikate einen günstigen Einfluß auf die Lage der Arbeiter ausgeübt haben. Seit Bestehen des Kohlensyndikats sei die Lohnhöhe niemals Schwankungen ausgekehrt gewesen. Ein Glück für das Blatt, daß es nicht von Bergarbeitern gelesen wird, die könnten das Gegenteil berichten. Aber auch in unserem Artikel über das Kohlensyndikat haben wir auf Grund von Zahlenmaterial desselben Kohlensyndikats das Gegenteil nachgewiesen. Ist das der „Bergwerks-Zeitung“ entgangen?

Wir verwechseln durchaus nicht das System des Kapitalismus mit den Erscheinungsformen, das kann der „Bergwerks-Zeitung“, nach ihren verfehlten Ansätzen gegen uns zu urteilen, weit eher passieren. Uns kommt es auch nicht darauf an, eine Grundlage zu schaffen zur Agitation gegen das Kohlensyndikat, sondern etwas für die Arbeiter herauszubekommen. Nur darum

machen wir Vergleiche zwischen Gehältern und Löhnen. Wir veröffentlichen, soweit sie uns zugänglich sind, die Bruttogewinne nur deshalb, weil sie einen weit besseren Maßstab zur Beurteilung der Rentabilität bilden, wie die Reingewinne. Ist es doch bekannt, daß viele Werke nur deshalb für alle möglichen Zwecke riesige Abschreibungen vornehmen, um den Reingewinn möglichst klein erscheinen zu lassen. Diese Abschreibungen stellen aber ebenfalls Gewinne dar und werden zumeist auch zu Betriebsverweiterungen, Neuanlagen usw. verwendet, bilden also Wertzuwachs. Dieser Wertzuwachs, der in den Gewinnergebnissen gar nicht zum Ausdruck kommt, hat sich besonders seit Bestehen des Kohlen Syndikats ganz gewaltig gesteigert. Die „Bergwerks-Zeitung“ würde besser tun, einmal eine Berechnung über die auf diese Weise entstandenen fabelhaften Vermögensbestände zu veröffentlichen, statt ihren „Scharfsinn“ an uns zu verschwenden. Aber die „Bergwerks-Zeitung“ wird sich dessen hüten, denn das läge nicht im Interesse des Grubenkapitals.

Um zu zeigen, daß die Werke keineswegs von den steigenden sozialen Kosten und den hohen Arbeiterlöhnen erdrückt werden, wollen wir die Dividenden oder Ausbeuten pro Aktie für eine Anzahl Werke, wo ein Vergleich noch möglich ist, für die beiden fünfjährigen Perioden 1880/84 und 1907/11 gegenüberstellen. Es brachten zur Verteilung (in Prozent):

	Dividenden	
	1880/84	1907/11
Miner Bergwerksverein	28 1/2	147 1/2
Königsgrube (Magdeb. B.-B.)	51	174 1/2
Neu-Essen	68 1/2	128
Wöhrlitz (Süd-Mußdorf)	24 1/2	88
Guteshoffnungshütte	35	100
Sarpener B.-G.	14 1/2	48
Störnitz B.-G.	28 1/2	40 1/2
Stöckel (Westfalia)	45	88
Dahlbusch B.-G.	98	74 1/2
Geisenrühner B.-G.	34 1/2	50
Wrenberg B.-G.	26	115
Spleckerder B.-G.	24 1/2	45

	Ausbeute pro Aktie	
	1880/84	1907/11
Manzenburg	510 Mk.	1 050 Mk.
Langenbrunn	800	7 020
Constantin d. Große	1885	11 500
Gelene und Malice	1875	4 500

Das ist eine riesige Steigerung der Ueberhäufte. Verdoppelt und vervierfacht haben sich dieselben. Die pro Aktie verteilte Ausbeute ist teilweise noch viel gewaltiger gestiegen. Der Lohn der höchstbezahlten Arbeiterklasse (Gauer und Leiharbeiter) ist in derselben Zeit jedoch nur gestiegen von 2,95 Mk. auf 5,62 Mk. oder um 2,67 Mk. = 90,5 Prozent. Aber auch diese Steigerung ist nur eingetreten, weil unser Verband seit seinem Bestehen die Öffentlichkeit gegen die Zustände im Bergbau aufgepeitscht hat.

Wenn nicht mehr erreicht werden konnte, so ist daran nicht unser Verband schuld, sondern diejenigen Bergarbeiter, die bisher alle unsere Mahnungen in den Wind schlugen. Es handelt sich nicht um eine Prinzipien-, sondern um eine Machtfrage. „Macht entscheidet“, schrieb die „Bergwerks-Ztg.“ vom 7. April 1912. Die Macht unseres Verbandes reichte aber bisher nicht aus, mehr zu erreichen, weil zu viele Bergleute abseits standen, weil auch die Mitglieder des Gewerksvereins seit Jahrzehnten Führern Gefolgschaft leisteten, deren ganze Tätigkeit ein einziger großer Arbeiterverrat ist, die noch nie ihr Wort einlösten und es auch jetzt nicht einlösen werden. Wenn die „christlichen“ Kampfscharen warten wollen, bis ihre Führer die angekündigte energische Lohnbewegung nicht nur einleiten, sondern auch energisch durchführen, können sie warten bis zum St. Nimmerleinstag. Anders wird es nur, wenn die noch abseits stehenden und auch die „christlichen“ Kumpels zur Einsicht kommen und sich unserem Bergarbeiterverbande anschließen.

Romödianten.

Der „christliche“ Gewerksverein wurde 1894 bekanntlich von Nichtarbeitern, Geistlichen, Fabrikanten, Kaufleuten usw. gegründet, um einen Damm gegen unseren Verband und die freie Arbeiterbewegung zu bilden. Diesem Zweck entspricht die Taktik seiner Führer, die stets aus einem Extrem ins andere fielen,

sich bei allen Gelegenheiten dem Agitationsbedürfnis entsprechend recht radikal geäußert, aber immer dann unfehlbar, wenn es ernst werden sollte. Das hat die Streikkomödie an der Saar erneut gezeigt.

Durch den Streikbruch im Ruhrgebiet und die Streikkomödie an der Saar ist der Nimbus, den der Gewerksverein beim Ruhrbergarbeiterstreik 1905 kostlos und sogar gegen den Willen seiner Führer erhalten hat, verloren gegangen. Die „überaus klugen, besonnenen, in-Sturmeswettern erprobten“ Führer haben den Gewerksvereinsführer in eine Sackgasse geführt, aus der sie ihn aus eigener Kraft nicht mehr herausbringen können. Da soll unser Verband wieder Vorparndienste leisten, und um das zu erreichen, wird versucht, die Bergleute zu bluffen.

Der „Bergknappe“ (Nr. 10 vom 8. März) bringt auf der ersten Seite einen Artikel, betitelt: „Eine gewaltige Schädigung durch den sozialdemokratischen Verband“, worin unserem Verband vorgeworfen wird, und zwar wider besseres Wissen, er habe durch den vorzeitigen Streik ein gemeinsames Vorgehen unmöglich gemacht und den rücksichtslosen Arbeitgebern in die Hände gearbeitet. Im gleichen Artikel fordert der „Bergknappe“ aber dann, unser Verband solle einmal für ein halbes Jahr den Kampf gegen den Gewerksverein einstellen und damit eine Wiederannäherung an denselben suchen. Der „Bergknappe“ macht unserem Verband also zunächst wider besseres Wissen den Vorwurf, er habe die Bergarbeiter gewaltig geschädigt und den rücksichtslosen Arbeitgebern in die Hände gearbeitet und fordert dann im gleichen Atemzuge, daß wir dazu schweigen und den Kampf einstellen sollen. Wirklich, sehr bescheiden! Wir fürchten, wenn das so weiter geht, daß die „Bergknappen“-Redaktion noch an ihrer Bescheidenheit stirbt.

Aber nicht nur auf der ersten Seite demonstriert der „Bergknappe“ derart seine „friedliche Gesinnung“, auf der sechsten und siebenten Seite folgt die Beschimpfung der „Genossen“ fort. Sogar die korrekte Kassenführung unseres Verbandes ist ihm ein Stein des Anstoßes. Alle Eingänge und Ausgänge werden bei uns in die Kasse und Ausgabe gestellt, wie es bei einer korrekten Buchführung selbstverständlich ist. So etwas versteht man aber im Gewerksverein nicht und der „Bergknappe“ entsetzt sich darüber einige dürftige Zeile ab. Das läßt sich verstehen, führt doch im Gewerksverein der „kleine Junge“ die Kassenführung. Ueber die Kassenführung des „kleinen Jungen“ schreiben wir in der „Bergarbeiter-Zeitung“ (Nr. 40 vom 7. Oktober 1911) u. a.:

„1907 gab der Gewerksverein einen Barbestand von 667 556,81 Mark an; 1908 aber wurde dieser Barbestand mit 644 825,47 Mk. angegeben, das sind 22 731,37 Mk. weniger. Als die „Bergarbeiter-Zeitung“ auf diese Differenz aufmerksam machte und fragte, wo die 22 731,37 Mk. geblieben seien, stellte der „kleine Junge“ die Summe — Geschwindigkeit ist keine Hexerei — in die Kasse und zugleich in die Ausgabe und der Schaden war geheilt. Das wundervolle Experiment des kleinen Jungen sieht so aus:

	„Bergknappe“ vom 18. März 1909	„Bergknappe“ vom 27. März 1909
Barbestand am 31. Dez. 1907	644 825,47 Mk.	667 556,81 Mk.
Summe der Einnahmen	1 692 662,84	1 715 394,21
Ausgaben an die Zahlstellen	40 000,12	68 727,40
Summe der Ausgaben	777 813,19	800 511,56

Dieses „unerblickliche“ Rechenkunststück war in beiden Fällen unterschrieben von dem Vorstehenden Kästner und dem Kassierer Zahnbruch. Man beachte: In der Abrechnung, die der „Bergknappe“ am 15. März 1909 veröffentlichte, fehlte bei all den angeführten Posten die Summe von 22 731,37 Mk. Diese Differenz stellte die „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 20. März 1909 fest und da wurde sie auch von den „Bergknappengeschreien“ entdeckt; am 27. März 1909 brachte der „Bergknappe“ eine andere Abrechnung, in welcher die fehlende Summe von 22 731,37 Mk. nicht nur dem am 31. Dezember 1907 vorhandenen Barbestand, sondern auch all den anderen angeführten Posten genau zugeführt war. Hätte man die in der ersten Abrechnung zu wenig angegebenen 22 731,37 Mk. nur dem Barbestand zugeführt, so müßten sie in der Kasse vorhanden sein. In der Kasse fehlten sie aber! Wo war das Geld geblieben? Dieser Frage entzog sich die Gewerksvereinsleitung dadurch, daß sie genau dieselbe Summe auch in die Ausgabe stellte und zwar unter „Ausgaben an die Zahlstellen“. Nach der Abrechnung vom 18. März 1909 betragen die Ausgaben an die Zahlstellen 40 000,12 Mk., nach der Abrechnung vom 27. März 1909: 68 727,40 Mk., das sind 22 731,37 Mark, genau die fehlende Summe mehr. Die Gewerksvereinsleitung muß also in der Zeit vom 20. bis 27. März 1909 ihren Zahlstellen noch 22 731,37 Mk. überwiesen haben. Habt ihr das Geld erhalten, christliche Kameraden?”

Auf diese Feststellungen ist bis jetzt eine Aufklärung nicht erfolgt. Warum nicht? Warum nörgelt der „Bergknappe“ trotzdem über unsere durchaus korrekte Kassenführung? Etwa um seine Unkenntnis zu betheuern? Oder soll damit dem Frieden gedient werden?

Der „Bergknappe“ (Nr. 11 vom 15. März) fährt fort, seine „friedliche Gesinnung“ durch öde Schimpfereien zu demonstrieren. Schon gleich im ersten Artikel werden unsere Sicherheitsmänner wie folgt angefleht:

„Leider ist es wahr, daß eine Anzahl der Sicherheitsmänner, die im Jahre 1910 vom Dreikund gewählt wurden, es mit ihrer Pflicht der Befahrung nicht genau nehmen bzw. diese Pflicht überhaupt nicht mehr erfüllen. Daß dann diese Leute den Grubenverwaltungen die angenehmsten sind, ist selbstverständlich.“

Der ganze Artikel ist auf den Ton gestimmt: Das Sicherheitsmännerystem ist gut, wenn die Sicherheitsmänner ihre Pflicht tun, wo es aber verlagert, müssen die pflichtvergessenen Sicherheitsmänner an ihre Pflicht erinnert werden. Unter die Pflichtvergessenen zählt der „Bergknappe“ natürlich nur die Verbands-Sicherheitsmänner, wie die vorstehende Flegelci hinreichend zeigt.

Diese Flegelci ist umso niederträchtiger, weil der „Bergknappe“ über die Behandlung, welche den Sicherheitsmännern zuteil wird, bisher kaum ein Wort der Kritik fand. Wie in allen anderen Fragen, hat der „Bergknappe“ auch hier verjagt. Der Gewerksverein hat für seine wegen ihrer Tätigkeit im Lohn geschädigten Sicherheitsmänner Entschädigungen gezahlt. Das würde im Interesse der Grubenbesitzer verschwiegen. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ hat mitgeteilt, welche Entschädigungen der Gewerksverein in einzelnen Fällen an seine Sicherheitsmänner zahlte. Der „Bergknappe“ aber schweigt sich im Interesse der Grubenbesitzer über diese ungeneuerlichen Tatsachen aus.

Seit Jahren haben wir an dem systematischen Kesseltreiben gegen die Sicherheitsmänner schärfste Kritik geübt. Der „Bergknappe“ aber schweigt! Wir haben festgestellt, daß ein Steiger auf Beche Bruchstraße zu der Eintragung eines Sicherheitsmannes im Jahrbuch bemerkte: „Die Eintragung ist Blödsinn!“ Der „Bergknappe“ schweigt! Wir haben festgestellt, daß ein Sicherheitsmann auf Beche Mathias Stinnes III, weil er die schlechte Zimmerung eines Brennerberges montiert hatte, dorthin verlegt wurde, wodurch ihm ein Lohnverlust von 1,69 Mk. pro Schicht entstand. Insgesamt entstand ihm dadurch ein Schaden von 50,72 Mk. Vergeblich ermahnt und Oberbergamt entschieden: Die Verlegung ist zu Recht erfolgt. Der „Bergknappe“ schweigt! Wir schilderten den Gesagten, was den Sicherheitsmänner in den Unglücksberichten auf Lothringen und Minister Achenbach gehen mußten, weil sie ihre Pflicht taten. Der „Bergknappe“ schweigt! Wir haben berichtet, wie die ohnehin zu geringen Befugnisse der Sicherheitsmänner noch weiter durch Verfügungen eingeschränkt wurden und dagegen protestiert. Der „Bergknappe“ schweigt! Durch die gesamte Arbeiterpresse ging ein Artikel, worin festgestellt wurde, daß die Sicherheitsmänner systematisch überwacht und über jeden Einzelnen Geheimakten geführt werden. Auch wir übernahmen diesen Artikel, aus dem sich ergab: Ein großes Buch ist aufgeschlagen, darin wird alles eingetragen, um die Ärmsten anzuklagen. Der „Bergknappe“ schweigt, schloß sich unserem Protest nicht an, obwohl ihm alle diese Dinge bekannt waren!

Bei allen Grubenkatastrophen hielt sich der „Bergknappe“ feige im Hintergrunde, begnügte sich im wesentlichen mit den Mitteilungen, die auch von der Werkspresse gebracht wurden und beschimpfte die „Bergarbeiter-Zeitung“, weil diese es mit ihrer Pflicht ernst nahm und den Ursachen auf den Grund zu leuchten suchte.

Und dieses schmähliche Zentrumsorgan, welches gerade in der Frage der Grubenkontrolle 1909 auf Befehl eine völlig bedingungslose Schwenkung vollzog, besitzt nun den Mut, die armen Sicherheitsmänner zu verleumden, denen seit Jahren das Leben zur Hölle gemacht wurde, wenn sie Eintragungen ins Jahrbuch machten.

Aber damit nicht genug. Weil wir seit Jahren die Schäden bloßlegten, immer wieder nachwiesen, daß eine wirksame Grubenkontrolle unabhängig sein und Rechte haben müsse, unterteilt uns der „Bergknappe“, wir verletzten den Sicherheitsmännern ihr Amt. Wenn die Herren die pflichttreuen Sicherheitsmänner im Lohn drücken und in anderer Weise Spiebruten laufen lassen, wenn die Bergbehörde und der Minister durch Verfügungen die Befugnisse derselben noch mehr einschränken, wird ihnen nach dem „Bergknappen“ das Amt nicht berechtigt. Das geschieht nur, wenn an dem Kesseltreiben gegen die Sicherheitsmänner Kritik geübt wird. So weit ist also der „Bergknappe“ mit seiner Logik im Dienste des Beckenkapitals schon gekommen.

Wir könnten nun in dieselbe Kerbe schlagen wie der „Bergknappe“ und sagen: Das Sicherheitsmännerystem verlagert, weil ein großer Teil der „christlichen“ Sicherheitsmänner seine Pflicht nicht tut. Beschränken liegen uns über „christliche“ Sicherheitsmänner in großer Zahl vor. Wem wäre aber damit gedient? Würde dadurch etwa die Abhängigkeit und Rechtlosigkeit der

Bergmanns-Standes-Poesie.

III.

Dr. Schade, der um die Mitte des vorigen Jahrhunderts gemeinsam mit Hoffmann von Fallersleben seine literarischen Leistungen anstellte, konnte feststellen, daß noch zu seiner Zeit (um 1850 also) dieses Bergmannslied in Aemmenau und der Umgegend sehr bekannt und beliebt war und von den dortigen Bergleuten bei festlichen Gelegenheiten noch immer in jener Weise, wie sie Goethe im „Wilhelm Meister“ schildert, aufgeführt wurde, daß es aber auch noch weiter verbreitet war und auch in der Umgegend von Reimar auf allen Partien bekannt war. In älteren „fliegenden Blättern“ und in allen gebräuchlichen Liederbüchern findet es sich mit einer Menge von kleinen Varianten vor, die jedoch an der Gestalt des Ganzen nichts änderten. Zu diesen thüringischen Texten stimmt auch die französische Uebersetzung aus der Gegend von Bes, abweichend natürlich in den mundartlichen Stellen, die der Bauer singt (aufgenommen mit der Melodie in Dürfurth's französische Volkslieder, 2. Teil, Seite 264—268). Unser trefflicher Mentor Schade ist in der Lage gewesen, das Lied nach Aufzeichnungen aus dem Rande Aemmenauer Bergleute in der Fassung zu veröffentlichen, wie es auch wohl vor Goethe in Aemmenau gespielt worden war (wo übrigens, wie bemerkt, Goethe sein Werk: „Wilhelm Meisters Lehr- und Wanderjahre“ auch entworfen haben soll und dessen landschaftliche Staffage er darin so merkwürdig darstellte). Wir geben nunmehr jenes interessante Bergmannslied aus Aemmenau nachstehend in Auszüge wieder:

Ein Bergmann geht, die Linsapfelzeit in der Hand, auf einem Acker langsam auf und ab, wobei ihn ein anderer Bergmann findet.

Bergmann:
 Glück auf, mein guter Freund!
 Was geht ihr mit der Ruten?
 Ich glaubt, ihr seid gemeint.
 Ein Bergwerk hier zu waten.
 Wenn ich antworten kann,
 So tret' ich selbst mit an,
 Denn ich seh' das Gebirg
 Für etwas edles an.

Als die Bergleute eben mit ihren Reithäuten einschlagen wollten, tritt der Bauer, der Besitzer des Grundstücks, hinzu:

„Was Genier mocht er do
 Uf meinen schönen Falle?“

Er entsetzt sich, daß sie auf seinem Eigentum schalteten, als gehöre es ihnen, und verwünscht sie, da überhaupt die Bergleute nur ein Schaden für die Bauern seien. Die Bergleute geben sich Mühe, sein Vorurteil gegen ihren Stand zu beseitigen und ihn über die Not-

wendigkeit und wichtige Bedeutung des vom Bauern so verkannten Bergmannsstandes aufzuklären:

Du zehst uns Unverschäm,
 Es ist dir zu beweisen,
 Daß durch des Bergmanns Hand
 Kommt Kupfer, Stahl und Eisen,
 Gold, Silber, Zinn und Blei,
 Metall zu mancherlei:
 Durch Arbeit unsrer Hände
 Wird es geschaffen frei.

Der Bauer wird durch diese Gründe nicht überzeugt. Naiv meint er, wenn er kein Eisen und keine Feinengeräte für seine Bauernarbeit habe, so brauche er ja nur zur nächsten Schmiede zu laufen, wo er alles Nötige sofort erhalten könne. Bei solcher Vergriffenheit des Bauern und seiner Vorurteilhaftigkeit verzichtet die Bergleute darauf, ihn weiter aufzuklären und mit ihm weiter zu disputieren. Sie meinen, wenn es ihm nicht paßt, möge er nur gegen sie klagen; was er ausrichten werde, werde er schon sehen. Der Bauer heißt sie, das Loch sofort wieder zugumachen, damit das Vieh daselbst nicht verunglücke. Trotzdem bedeuten ihm die Bergleute, die Därsen, Schafe und Kühe müßte er eben hüten und beaufsichtigen, das sei seine Sache. Dem Bauer reißt nun der Gebuldsfaden, und er droht mit Schlägen:

Bauer:
 Ehr Lüd, eh jogs sich nu,
 Verht ich en guten roten:
 Eh schlach, Parole, zu,
 Ehr tut mehr großen Schaden.

Daraufhin muß der Bauer wohl oder übel sich mit dem Lun der Bergleute abfinden, aber er verlangt 100 Taler fürs Feld, sonst brauche er Gewalt.

„Ach, Bauer, was ist das...“
 Für dich und die Beschwerden,
 Wie es gebührend ist,
 Ein Stuz soll deine werden:

Mit diesem ungenügenden Ertrag sie die Reugier und Gahgier des Bauern aufs höchste. Da die bergmannischen Kunsthandwerke für ihr gleichsam böhmische Dörfer sind, fällt er ihnen in die Rede mit der Frage, was denn ein Stuz sei und welchen Wert er habe. Sie sollten ihm schnell denselben geben, so könnten sie ihn ohne weiteres den Mund klopfen. Zunächst möchte er gerne wissen, ob ein Stuz von Stroh oder Heu, von Weinstock, von Holz oder Leder sei. Die Bergleute klären ihn über die Sache mit überlegenem Wissen sachmännlich auf:

Ein Stuz ist ein Bergteil,
 Der dir von einer Beche
 Zu bauen steht frei.

Bei dieser verlockenden Aussicht wird der Bauer völlig umgestimmt. Er freut sich schon höchlich auf den zu erwartenden Gewinn, da er ihn zur höchsten Not brauchen könne. Nun sind ihm die Bergleute auf einmal die „lieben, braven Leute“, die er gleich dankesfüllt einladet, ihm in die Schenke zu folgen zu einem köstlichen Bier, wo die hergeleitete Freundschaft gehörig begossen werden soll.

Bauer:
 Kommt! geht mit mer an de Schenk!
 De Zit (Zeit) tut mich nu zwenge
 Doch eh' mich von ich lenk.

Bergleute:
 Ei, dafür danken wir,
 Es hat garnichts zu sagen.

Bauer:
 I nu a Fäßle Bier
 Dos könnt eht wul vertrage.

Bergleute und Bauer:
 Wir sein nun gute Freund!
 Der Zeufel hol die Feind!
 Wir wollen fröhlich leben!
 Ein Schelm, der's böse meint!

Nach Dürfurth's Angaben wurden die beiden ersten Sätze (vom Bergmann und vom Nutengänger) bloß einstimmig gesungen, die übrigen der Bergleute zweistimmig; die Worte des Bauern wurden bloß gesprochen. Während die Sprache der Bergleute die hochdeutsche ist, spricht der Bauer im Dialekt, was die Wirkung seiner einfältigen Worte und Fragen noch erhöhte. Demgemäß ergeben sich auch die argedeutlichen Abweichungen der überlieferten Fassung bei Schade und bei Dürfurth. Wie Schade aus eigener Kenntnis mitteilen konnte, verbanden die Aemmenauer Bergknappen zu seiner Zeit bei der Auf-führung dieses Bergmannslieds auch noch das von uns oben mitgeteilte Lied, welches den Weltfreud der Bergleute, Schmeizler und Höfner behandelt, deren jeder zunächst seinen Stand preist, worauf sie am Schluß in der Erkenntnis, daß sie alle drei erst zusammen zu einem richtigen Ganzen sich ergänzen, sich bereuigen um geloben, in innigem Zusammenstich zusammenzuhalten. Ob aber bereits zur Zeit Goethes dieses zweite Lied an das erste geschloß oder vom Bergmann und Bauer bei der Aufführung der Aemmenauer Bergknappen ange-reicht wurde, ist fraglich; wenigstens erwähnt Goethe die zweite Strophe nicht in jener Beschreibung im „Wilhelm Meister“. Es mag vielleicht später wegen der Kürze des ersten Bergmannslieds gelegentlich öfter als Zugabe zugegeben worden sein. Da es nicht im organischen Zusammenhang mit erstem steht, konnte es ja nach Bedarf, Zeit und Gelegenheit hier und da noch angestrichelt werden.

Sicherheitsmänner befreit? Oder würde das unerhörte Messel-treiben der Bedenken gegen pflichttreue Sicherheitsmänner aufhören?

Auf die Beantwortung dieser Fragen durch den „Bergknappen“ werden wir vergeblich warten. Statt dessen wird er unseren Verband und seine Mitglieder vor wie nach weiter an-schießen, dazwischen aber vielleicht auch von Einstellung des Kampfes und Wiederannäherung an den Gewerksverein reden.

Abgeordneter Leinert über die saarabischen Verhältnisse.

Bei der Beratung des Berggesetzlichen Dreiklassenparlament führte der sozialdemokratische Abgeordnete Kollege Leinert in der Sitzung am 28. Februar... Herr Kollege Leinert schloß mit der Mitteilung... Herr Minister auf verschiedene Gebieten... Herr Minister selbst erklärt hat, daß er einen Arbeiterbetrieb nicht darin erblickt, daß er möglichst hohe Löhne bezahle, und daß er mit der Lohnpolitik in den fiskalischen Vergleichen auch deshalb nicht vorgehen wolle, weil er dann ein schweres Präjudiz für die Privatindustrie schaffe.

Der fiskalische Bergbau zahlt geringere Löhne als der private Bergbau.

und deshalb besteht naturgemäß unter den staatlichen Bergleuten Ungleichheit. In der Budgetkommission sind Vergleiche zwischen den Löhnen im Saargebiet im Jahre 1909 und im Jahre 1911 und 1912 angestellt worden. Im Jahre 1909 betrug der Durchschnittslohn 8,98 M., 1910: 9,97 M. und 1911: 4,06 M. Wenn man sich irgendein Jahr mit tiefstehenden Löhnen herausucht, dann wird natürlich der Lohn 1911 und 1912 hoch erscheinen. Aber im Jahre vorher, 1908, war der Lohn im Saargebiet 4,04 M.; er war also 1908 höher als in dem Jahre, welches der Herr Oberbergshauptmann seiner Gegenüberstellung zugrundegelegt hat.

Aber, meine Herren, was würde schließlich eine geringe Lohn-erhöhung bedeuten angesichts der Tatsache, daß in dem preussischen Reich über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter auf Grund amtlicher Quellen folgendes gesagt ist:

„Die auf die Jahre des Sommers zurückzuführende teilweise Mindernde des Jahres 1911 verursachte eine erhebliche Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel und verhinderte so eine Hebung der wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter trotz der im Laufe des Jahres durchwegs gestiegenen Löhne.“

Das war im Jahre 1911. Im Jahre 1912 hat die Regierung gezwungen, im Interesse der Ernährung des Volkes Ausnahmemaßnahmen bezüglich der Fleischversorgung zu treffen, denn die Folgen der Dürre von 1911 haben sich 1912 in verdoppelter Weise bei der Arbeitererschaft bemerkbar gemacht. Deshalb will eine Lohnsteigerung von einigen Mark in ganzen Jahr für die Hebung der Lage der Arbeiter selbst absolut nichts besagen, und in dieser Beziehung muß ich schon sagen, sind die Wünsche, die die Arbeiter gestellt hatten, auch im Saargebiet, ganz wesentlich anders gewesen, als sie jetzt bei der verflochtenen Bewegung vertreten worden sind.

Im Mai 1911, als die Lage der Saarbergleute sicherlich nicht besser gewesen ist als jetzt, — es war am 19. Mai — ist eine große öffentliche von mehr als 700 Personen besuchte

Bergarbeiterversammlung in Sulzbach

abgehalten worden. Sie war einberufen vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter. Nach einem längeren Referat des Bezirksleiters Olmers über den Bericht der mit der Prüfung der Lage der staatlichen Bergwerke betrauten Kommission des Abgeordnetenhauses wurde folgende Resolution angenommen:

„Das hohe Gaus der Verhältnisse auf den Saargruben und der von der Unterkommission gemachten Vorschläge, die auf eine Verschärfung des Beschwerderechts und auf größere Spannung der Löhne hinausgehen, der preussischen Bergverwaltung folgendes zur Pflicht zu machen:

- 1. die Löhne auf den Saargruben so zu regeln, daß der Durchschnittslohn der unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeiter möglichst noch im Laufe dieses Jahres auf 5 Mark pro Schicht gebracht wird, und sie in Zukunft für sämtliche Arbeiter den berechtigten Ansprüchen an eine auskömmliche Lebenshaltung und einen gesunden wirtschaftlichen Fortschritt anzupassen;
2. für jede selbständige Grubenanlage eine paritätisch zusammengesetzte Kommission einzuführen, die beim Nichtzustandekommen des Bedingens nach erfolgter Beschäftigung der Arbeiter die Höhe des Bedingens bestimmen kann, und bei Bedingensverletzungen den Durchschnittslohn der betreffenden Arbeiterkategorien der Grube bis zur Einigung über das Bedingens zu zahlen;
3. den königlichen Bergwerksdirektionen und den Bezirksleitern das Eingehen oder Aufrechterhalten von Vereinbarungen aller Art, welche die Freizügigkeit der Arbeiter bedrohen, zu verbieten und auf den staatlichen Gruben eine größere Freizügigkeit der Belegschaftsmitglieder zuzulassen, sowie die Arbeitsvermittlung einem paritätisch zusammengesetzten Arbeitsvermittlungsausschuß zu übertragen.“

Das waren Forderungen, die wir vollständig unterschreiben. Sie sind damals 1911 dem preussischen Abgeordnetenhause, glaube ich, schon am nächsten Tage eingereicht worden, und wir haben beantragt, diese Forderungen der „christlichen“ Bergarbeiter der Regierung zur Veranschaulichung zu überreichen, während der Herr Abgeordnete Imbusch den Antrag stellte, diese „christlichen“ Bergarbeiterforderungen der Regierung lediglich als Material zu übergeben. (Hört, hört! bei den Sozial.) Meine Herren, wenn man sich diese Dinge ins Gedächtnis zurückerinnert und dann findet, daß 1912 so ganz plötzlich folgende

der Forderung der Arbeitsordnung

der „christliche“ Bergarbeiterverband beginnt, eine Lohnbewegung zu inszenieren, dann muß man schon einen ganz merkwürdigen Glauben haben, wenn man der Heberzeugung sein wollte, der „christliche“ Bergarbeiterverband meine es hier ernst mit einer Verbesserung der Verhältnisse der Arbeiter.

Ich möchte aber vorher noch auf etwas anderes aufmerksam machen. Der Herr Minister hat in der Sitzung vom 11. Januar 1913 für das Saargebiet erklärt:

„Während im Jahre 1910 nur 7,84 Prozent aller Sauer mehr als 5,40 M. pro Schicht Lohn bezogen haben, war dieser Prozentsatz im Jahre 1911 auf 12% und im Oktober 1912 auf 28% jährlicher Sauer gestiegen; 28,89 Prozent aller Sauer bezogen im Oktober 1912 einen Gehaltsverdienst von mehr als 5,40 M.“

Der Durchschnittslohn für die Sauer stellt sich auf ungefähr 4,83 M., nach den Berechnungen, die der Herr Oberbergshauptmann hier gegeben hat. Wenn 28% Prozent jährlicher Sauer einen Lohn von über 5,40 M. verdienen, dann müssen doch die Löhne der Sauer bei dem übrigen Teil ganz bedeutend heruntergehen, wenn der Durchschnittslohn noch nicht einmal 5 M. beträgt, und die Forderung, die 1911 der „christliche“ Bergarbeiterverband gestellt hat, doch wenigstens einmal dafür zu sorgen, daß sämtliche Sauer einen Lohn von 5 M. erhalten, ist so berechtigt, daß darüber kein Wort mehr zu reden nötig ist. Ich möchte deshalb auch den Herrn Minister ersuchen, doch einmal die Löhne der Sauer nach Lohnklassen anzugeben und anzugeben, wieviel Prozent dieser einzelnen Klassen von Bergarbeitern zu diesem oder zu jenem Lohn beschäftigt sind.

Der Herr Minister hat vorher auch noch über die Beschäftigung der Unfallrenten eine Bemerkung gemacht, gegen die ich ganz schärfst Bedenken habe. Die Unfallrente wird doch ganz unabhängig vom Verdienst lediglich für die Erwerbsunfähige bezahlet, die der Arbeiter erlitten hat. Wenn jemand seinen Arm verloren hat und verdient

in irgend einem Betrieb pro Tag noch eine Mark mehr, als er in dem Betrieb verdient hat, in dem er den Arm verloren hat, so kann man ihm doch nicht die Unfallrente entziehen; denn

er bleibt doch ein verkrüppelter Mensch!

Und nehmen Sie einen ganz anderen Fall! Ein Arbeiter ist vielleicht zu 50 Prozent erwerbsunfähig, kommt zu irgend einem Kapital und richtet sich einen Gewerbebetrieb ein. Dann kann man doch diesem Arbeiter nicht deshalb die Unfallrente entziehen, weil er durch seine individuellen Kräfte seine Einkünfte erhöhte.

Die staatliche Bergverwaltung aber hat nach dem Sachverhalte auch gar keine Berechtigung, durch die Unfallrente einen Ausgleich herbeizuführen. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Das kann zu sehr erheblichen Schädigungen der Arbeiter führen. Wenn ein Arbeiter bisher vielleicht 50 Prozent Unfallrente erhalten hat, und die Bergverwaltung erklärt: wir zahlen dir einen höheren Lohn als 50 Prozent — dann soll ihm die Rente gestrichelt werden. Wenn er dann einmal aus dem Betriebe entlassen wird und soll in einem anderen Betrieb arbeiten oder wird arbeitsunfähig aus irgend einem anderen Grunde, der mit dem Unfall nicht in Verbindung steht, dann ist der Mann seit seines Lebens deshalb geschädigt, weil die Bergverwaltung die Unfallrente herunterbrückt, indem sie erklärt: die Rente braucht eine solche Höhe nicht zu erreichen.

Noch bedenklicher aber ist die Bemerkung: wenn die ganze Sache immer darauf hinausläufe, dem Fiskus bezwecken Vorwürfe zu machen, weil er Unfallrentenempfänger noch beschäftigt, werde es sich der Minister überlegen, ob er solche Arbeiter überhaupt noch beschäftigt. Ja, meine Herren, gegen eine solche Meinung müßte das ganze Abgeordnetenhause einmütig aufstehen! Wir halten es für eine moralische Pflicht, daß der Arbeitgeber, in dessen Dienst ein Arbeiter seine Gesundheit zu Markte getragen hat, für den Arbeiter Zeit seines Lebens sorgt. Am allermeisten muß diese Pflicht natürlicherweise der Staat erfüllen. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Wenn sich der Herr Minister von dieser moralischen Pflicht wegen angeblicher Vorwürfe denken wollte, dann möchte ich mal sehen, wie es in den Privatbetrieben aussehe würde.

Ebenso liegt es mit der Bestimmung, daß abgelegte Vergleite erst nach einem Jahre wieder in Arbeit gestellt werden.

Diese Bestimmung scheint nicht allein in der Gewalt des Bergfiskus an der Saar zu liegen, sondern beruht auf einer Vereinbarung mit der Großindustrie im Saargebiet.

Bergfiskus und Industrie haben sich gegenseitig verpflichtet, Arbeiter aus einem fremden Betriebe nicht in Arbeit zu nehmen.

Wenn also ein Arbeiter aus dem Saargebiet von dem Fiskus entlassen wird, dann findet er auch bei der Großindustrie des Saargebietes keine Arbeit mehr; er ist dann vollständig entlassen. Diese Vereinbarung besteht. Ich habe sie schon einmal hier erwähnt und der Herr Minister hat diese Tatsache nicht bestritten. (Hört, hört! bei den Sozial.) Es wäre mir allerdings sehr unangenehm, wenn diese Vereinbarung nicht bestehen bestehen würde. (Zuruf links.) — Herr Kollege Kump, wer ist kontraktbrüchig? Das sind auch Krügen, die erst nach langen Untersuchungen entschieden werden können und die von der einen Partei so, von der anderen so entschieden werden. Darüber besteht eine vollständige Übereinstimmung. (Zuruf links.) — Herr Kollege Kump, was ist kontraktbrüchig, wo der Kontraktbruch schließlich gar nicht als etwas Verurteilenswertes erscheint. (Zuruf des Abg. Dr. Höchling.) — Nein, das ist nicht nur meine Auffassung, Herr Kollege Höchling, sondern das ist eine Auffassung, die auch bei den Bergarbeitern im Saargebiet zu Beginn der jetzt beendeten Lohnbewegung vorhanden gewesen ist. (Zuruf bei den Nationalliberalen.) — Jawohl, die haben gekündigt, aber es war die Meinung vorhanden, daß eine Kündigung nicht notwendig gewesen wäre bei der Art und Weise, wie die Bergarbeiter behandelt wurden. Auch der Kollege Leinert scheint auf den Schwanz der „Christlichen“ heringeht zu sein und an eine Kündigung der Saarbergleute während der Komödie im Dezember zu glauben. Nein, werter Kollege Leinert, von einer Kündigung der Saarbergleute kann absolut keine Rede sein. Es haben im ganzen etwa acht bis zehn Mann rechtskräftig gekündigt und am 2. Januar auch ihre Papiere erhalten. Für die Belegschaften haben auch vier Inspektionen die Arbeiterausweise „im Namen der Belegschaft“ und „für die Belegschaft“ gekündigt, eine völlig rechtskräftige Farce aufgeführt in der Absicht, die Saarbergleute zu überbügeln. Seit wann können denn etwa 6000 Mann für 50 000 die Kündigung beschließen? Und seit wann können die Arbeiterausweise für eine Belegschaft „im deren Namen“ die Kündigung einreichen? Würde es am 2. Januar im Saarrevier zum Streik gekommen sein, traten die Leute genau so unter Kontraktbruch in den Streik, wie die Ruhrbergleute am 10. März 1912. (Die Redaktion.)

Nun komme ich zu der Lohnbewegung selbst.

Der Herr Kollege Imbusch begann Darlegungen über die Lohnbewegung mit einer Anrede gegen den Bergarbeiterverband und gegen die Sozialdemokratie. Ich habe mich darüber gewundert, denn die treuesten Bundesgenossen, die Sie, Herr Imbusch, bei dem Bergarbeiterkampf im Saargebiet überhaupt wünschlen konnten, waren gerade die Sozialdemokraten. Wir hätten nur gewünscht, bei dem Streik im Ruhrgebiet wären Sie ebenso treu zu Ihrer gewerkschaftlichen Heberzeugung gestanden, wie das von unserer Seite im Saargebiet geschehen ist. Dann wäre der Streik im Ruhrgebiet zugunsten der Arbeiter beendet worden, ebenso, wie ein Streik im Saargebiet zum Schaden der Arbeiter beendet werden mußte, weil die Organisation im Saargebiet nicht stark genug ist. Die Bewegung sei nicht entstanden, sagt Herr Imbusch, aus Gründen der Verhegung — volksunverständliche Aufklärung sei überhaupt nicht vorhanden —, sondern es seien sehr triftige Gründe gewesen, die zu dieser Bewegung Anlaß gegeben haben. Ich bebreite die triftigen Gründe absolut nicht. Im Gegenteil, ich gebe zu, daß triftige Gründe vorhanden gewesen sind. Aber wenn triftige Gründe bei der Einleitung einer Lohnbewegung vorhanden sind, dann müssen auch triftige Gründe vorhanden sein, diese Lohnbewegung nicht zu Ende zu führen, und wo sind diese Gründe? Was hat sich vom 5. Dezember ungefähr bis zum 2. Januar im Saargebiet ereignet außertriftiger Grund, um von der einmal beschlossenen Lohnbewegung zurückzugehen? Gar nichts in den Verhältnissen der Arbeiter, auch nicht das geringste von irgendwelcher Verbesserung in den Verhältnissen der Arbeiter, nicht die geringste glänzende Veränderung ihrer schledsten Lebenslage; nicht das geringste ist davon zu spüren gewesen in den Sitten der Arbeiter. Aber wesentliche Veränderungen sind vorgegangen in den Anschauungen der Leitung der „christlichen“ Bewegung. (Sehr wahr! bei den Sozial.)

Der Herr Imbusch sagt, es sei kein Mittel unversucht gelassen, sondern alles getan worden, um den Konflikt zur Beilegung zu bringen. Die Konfliktlösung sei nicht auf Seiten der Arbeiter gewesen und es sei Sache der Bergverwaltung, nunmehr das übrig zu tun zur Beilegung der Differenzen, die damals bestanden haben. Herr Imbusch versucht nun, aus Erklärungen der Regierung und aus Erklärungen der dortigen Bergverwaltung mit juristischer Naivität; die keinem Arbeiter im Saarrevier geläufig sein wird, die Deutungen herauszubekommen, daß die zweite Erklärung etwas anderes bedeutet als die erste, daß die zweite Erklärung bindender sei, bedeutend mehr Vorteile biete, als die erste Erklärung, daß man sich darauf verlassen könne, daß sich darauf zeigen, daß man eben erreicht habe; die Bergverwaltung hat etwas zugegeben. Ja, Herr Kollege Imbusch, was ist denn zugegeben worden? Was ist denn in dieser Erklärung gesagt worden? Ist in der Erklärung etwa gesagt, daß die Löhne auf eine bestimmte Höhe kommen? Ist in dieser Erklärung irgend etwas gesagt, daß Ihre Forderungen bewilligt werden sollen? Nein,

es sind genau dieselben Erklärungen,

die der Privatbergbau im Ruhrgebiet im Jahre 1912 abgegeben hat, Erklärungen, die lauten: wenn u die und jene Voraussetzung eintritt, dann werden wir das und das tun; wenn u die andere Voraussetzung eintritt, werden wir dieses tun. Aber irgendwelches Zugeständnis an die Forderungen, die die „christlichen“ Bergarbeiter gestellt haben? Nicht das geringste; sondern lediglich, daß man die Konjunktur abwarten werde, daß, wenn die Verhältnisse sich bessern, dann auch höhere Löhne vorhanden sein werden. Wie soll eine solche Erklärung etwas Bindendes enthalten und welche Garantie, welche Mittel haben Sie — darauf kommt es nämlich auch wesentlich an, wenn man etwas als bindend anerkennen will — in Händen, um diese Zusagen nun auch zu erreichen? Gar keine Mittel! Es ist in der entscheidenden Voraussetzung, die den Abbruch des Streiks herbeiführt, — und, Herr Imbusch, da kann ich nicht umhin, Ihnen mitzuteilen, wie die Führer der „christlichen“ Bewegung von Ihren eigenen Mitgliedern genannt worden sind; ich teile Ihnen das deshalb hier besonders mit, weil Sie ja so große Freude daran hatten, daß den Führern des Bergarbeiterverbandes angeblich von den Bergarbeitern im Ruhrgebiet derartige Bemerkungen auch zugefügt worden sind — den „christlichen“ Führern zugerufen worden, sie seien

Lumpen, Epiguben, Arbeitervertreter!

Daraus mit euch Vertretern! Solche Bemerkungen sind in der Versammlung gefallen, in der es auch den Führern des „christlichen“ Bergarbeiterverbandes nur durch eine recht zweifelhafte Abstimmung gelungen ist, die Resolution für angenommen zu erklären — sehr zweifelhafte; denn die Delegierten haben einen anderen Abstimmungsmodus verlangt, weil die Meinung der Versammlung nicht richtig zum Ausdruck gekommen sei und die Resolution, die als

Waffenstillstandserklärung

angesehen worden ist, absolut nicht die Stimmung der Bergleute zum Ausdruck bringe. Es ist nun eine Resolution gefaßt, in der es über die Arbeitsordnung heißt, daß die Handhabungsmöglichkeiten der neuen Arbeitsordnung, mit der die Arbeiter benachteiligt werden könnten, durch die jetzt vorliegende rechtsgültige Auslegung beseitigt seien.“

Ich will die Arbeitsordnung nicht Punkt für Punkt durchgehen, das würde in Anbetracht der Geschäftslage des Hauses zu viel Zeit beanspruchen; aber wenn ich diese Arbeitsordnung durchgehe, finde ich nicht einen einzigen Punkt in den authentischen Erklärungen, der irgendwie den Anforderungen des „christlichen“ Bergarbeiterverbandes nachkommt.

Und wo ist die Rechtsgültigkeit?

Nun sagt Herr Imbusch, ich verstehe nichts davon. Ein sehr nettes Kompliment! Aber, Herr Imbusch, daß Sie das sagen, ist ein Beweis der großen Vertorheit, in der Sie sich befinden. (Sehr wahr! bei den Sozial.) Anders können Sie sich nicht mehr retten, und glauben Sie denn, daß Sie mit einer solchen Bemerkung Eindruck nach außen machen? Dann schämen Sie die Arbeiter sehr niedrig ein!

Weshalb der Lohnfrage heißt es dann, daß in den Monaten Oktober, November und Dezember nach den neuesten Nachweisungen eine Erhöhung der Löhne erfolgt ist. Das ist eine sehr merkwürdige Erklärung, daß nach den Nachweisungen im Dezember (dieser eine Erhöhung der Löhne konstatiert sei. Die Versammlung tagte am 30. Dezember und der Abschluß der Löhne wird doch erst nach Ablauf des Monats gemacht. Sicherlich hat der „christliche“ Bergarbeiterverband eine amtliche Nachweisung vom Dezember noch nicht in Händen haben können. Und vom November und vom Oktober? Diese Nachweisungen lagen doch schon vor, ehe die Lohnbewegung überhaupt begonnen wurde? Also damit ist jedenfalls nichts zu beweisen.

In einer solchen Lage, sagt man nun, schalte dem Ausdruck am 2. Januar der ausreichende Anlaß. Ich schalte — ich muß es zu meinem größten Bedauern sagen —, der Herr Minister hat recht, wenn er sagt, daß der Anlaß zum Streik am Anfang nicht vorhanden gewesen sei, wenn er am Schluß nicht mehr vorgelegen habe. Allerdings bin ich mit dem Herrn Minister in dieser Beziehung nicht einverstanden; ich bin vielmehr der Meinung: hat ein Anlaß zu Anfang der Lohnbewegung vorgelegen, dann lag er auch am Schluß vor, weil sich keine Veränderung gezeigt hat. Sollte man aber am Anfang die Beweiskraft, daß man

den Streik nicht durchführen kann,

dann war es nach meiner Ansicht unnötig und unrichtig, die Bergarbeiter in Aufregung zu setzen, wo man doch wußte, daß man mit der geringen Organisation nichts erreichen konnte. (Zuruf.) — Nein, Herr Kollege Kump, im Ruhrgebiet ist es im vorigen Jahre doch anders gewesen. Im Ruhrgebiet hat mehr als die Hälfte der Bergarbeiter gestreikt, und wenn die „Christlichen“ mitgemacht hätten — davon sind ich doch jedenfalls seit über zwei Jahren —, dann hätten die Bergarbeiter im Ruhrgebiet etwas erreicht. (Sehr wahr! bei den Sozial.) Aber im Saargebiet trat ja gar keine Organisation auf, die nicht mitstreifen wollte; mit Ausnahme der katholischen Arbeitervereine, auf die ich noch zu sprechen komme. Wenn aber im Ruhrgebiet die „Christlichen“ mitgemacht hätten, dann hätten die Verherren nachgeben müssen, wenn sie nicht wer weiß wie viele Millionen Schaden erlitten wollten. (Zuruf.) — Sie hatten keine Ursache? Herr Kollege Kump, warum sind Sie denn der Meinung, daß Sie die Kohlenpreise erhöhen müssen, um die Arbeiterlöhne zu erhöhen? Wenn damals keine Ursache zur Lohnsteigerung vorlag, dann liegt für Sie doch auch jetzt keine Ursache dafür vor. Also mit einer solchen Bemerkung können Sie nichts beweisen. Sie wußten nur zu gut, daß Ursache zur Lohnsteigerung vorlag, nun hat die Konferenz, um wenigstens

einen maskierten Rückzug

entzeten zu können, eine Waffenstillstandskommission beschloßen, und diese Kommission sollte vor allen Dingen Ermittlungen über Lohnunterschiede in den einzelnen Inspektionen sammeln, die wirtlichen Ursachen zusammenstellen, die die Rentabilität der Saargruben ungenügend beeinflussen, und Abänderungsvorschläge zu ihrer Beseitigung ausarbeiten, ferner feststellen, ob mit Rücksicht auf die Verkürzung der Schichtzeit (Bedingungsänderungen) vorgenommen werden, und ermitteln, in welcher Weise die Entlohnung der Unfallrentner durchgeföhrt worden ist. Das ist eine schöne Aufgabe, die der Kommission gestellt worden ist. Aber ich habe mich geauert, daß ich lesen mußte, die Kommission sei aufgelöst worden, nachdem sie ihren Zweck erfüllt habe. Es ist mitgeteilt worden, daß

diese Waffenstillstandskommission

nicht mehr besteht. Da hätte ich wirklich erwartet, nachdem die Kommission nun über einen Monat oder nahezu zwei Monate arbeiten konnte, daß Herr Kollege Imbusch einmal mit dem Material dieser Waffenstillstandskommission herausgerückt wäre und einmal dargelegt hätte, wie jetzt nach diesen Untersuchungen die Zustände unter den Saarbergarbeitern ausjehen. Ich hielt das für dringend notwendig; denn Sie müssen doch eigentlich die Besserung der Verhältnisse der Arbeiter konstatieren, die vom Beginn der Lohnbewegung bis zu ihrem Ende eingetreten ist, die Sie veranlaßt haben kann, die Lohnbewegung abzubrechen. Davon hört man aber gar nichts.

Nun hatte der Bergarbeiterverband von vornherein die Erklärung abgegeben, daß er mit dem „christlichen“ Bergarbeiterverband

die Lohnbewegung durchführen will.

Zum Dank dafür hatte der „christliche“ Bergarbeiterverband beschloßen, unseren Abwehrkämpfern in den Versammlungen keine Dis-sustion zu geben, weil sie nur Uneinigkeit in die Reihen der Kohlenarbeiter zu bringen beabsichtigen. (Abg. Weist: Sehr richtig!) — „Sehr richtig!“ höre ich da. Wie konnten wir denn, wenn wir für Ihren Streik sind, Uneinigkeit in Ihre Reihen bringen? (Abg. Hoffmann: Sehr gut!) Die Uneinigkeit, Herr Kollege Weist, wäre dann nicht entstanden, da in den Arbeitern das Gefühl, daß sie kämpfen müssen, größer geworden wäre. Uneinigkeit ist entstanden bei der Taktik, die Sie angewandt haben. Der Verein „christlicher“ Bergarbeiter hat die Bewegung nicht abgebrochen, weil er selbst von vornherein überzeugt gewesen wäre, daß ein Streik notwendig sei und die Tatsachen und Erfolge ihn eines anderen befehrt hätten —, sondern ich sage: der „christliche“ Bergarbeiterverband hat nicht gestreikt, weil er nicht streiken durfte. (Abg. Hoffmann: Hört, hört!), und selbst dann, wenn irgend ein Streik beschloß gefaßt worden wäre, wäre durch eine höhere Behörde der Streik mit allen Mitteln zu Ende gebracht worden. (Abg. Hoffmann: Sehr wahr! — Abg. Imbusch: Welche Behörde?) Die Anweisung des Pre-sides in der bekannten Enghilft, „keine Feindschaften und Zwistigkeiten unter den Ständen der bürgerlichen Gesellschaft zu schüren, sondern Frieden und wechselseitige Liebe zu befördern“, mußte erfüllt werden. (Abg. Hoffmann: Sehr wahr! — Lachen im Zentrum.) In diesem Streik hat der Bischof Korium an die Geistlichen eine Anweisung gegeben, dahin zu wirken, daß die Arbeiter nicht streikten; und wenn sich jemand in einem Kampfe der Arbeiter das Uebergewicht der katholischen Kirche über die Grundzüge der gewerkschaftlichen Tätigkeit gezeigt hat, dann in dieser Bewegung im Saargebiet, meine Herren, ebenso wie in dem Streik im Ruhrgebiet. (Abg. Hoffmann: Sehr wahr!) Es ist traurig, muß ich sagen, daß die Zustände sich so entwickelt haben.

Es ist doppelt traurig,

wenn man von der Notwendigkeit eines Streiks so überzeugt ist, wie es die Führer der „christlichen“ Gewerkschaften ihren Reden nach waren. Hatte doch Herr Effert dem Führer der Ruhrverbände, dem Reichstagsabgeordneten Gohmann, der da jagte: der Minister habe doch nun Erklärungen abgegeben, man solle an den Erklärungen des Ministers nicht zweifeln, sie seien in ehrlicher Absicht gegeben — gesagt: er würde sich schämen, mit einer solchen Aenderung an die Konferenz heranzutreten. (Abg. Hoffmann: Hört, hört!) Er meinte, daß er sich schämen würde, den Leuten zu sagen, die Erklärungen des Ministers seien ehrlich gemeint. (Abg. Hoffmann: Hört, hört!) Ja, so weit ging schon die Erbitterung und der Wille, etwas zu schaffen. Der Herr Minister sagte im Januar, diese Erklärung würde dem Minister der Noten Ehre machen. Das mag ja sein; wenn wir Ursache haben, an Erklärungen des Herrn Ministers zu zweifeln, so geben wir unserer Zweifel auch hinreichend Ausdruck; das geschieht von uns immer. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß damals, im Jahre 1912, im Ruhrgebiet dem

Bergarbeiterverband vom „Christlichen“ Verband große Vorwürfe gemacht worden sind, weil sie kein Vertrauen zu den Bergherren gehabt haben. Damals ist von ihm gesagt worden: wartet doch erst ab, die Bergherren haben doch versprochen, Lohnverhandlungen zu geben, und wenn die Lohnverhandlungen nicht bewilligt werden, wäre doch erst Antrag zum Streik. (Abg. Imbusch: Sehr wahr!) Wir erklärten damals: Wir können...

kein Vertrauen zu den Erklärungen der Bergherren

haben, denn wenn sie dies wollten, dann könnten sie mit den Bergarbeiterorganisationen verhandeln und einen friedlichen Ausgleich von vornherein schaffen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Hier haben Sie gegen den Minister ebenso gehandelt, wie wir gegen die Bergherren. Sie machten uns damals Vorwürfe, daß wir den Erklärungen der Bergherren — und ich glaube, mit demselben, wenn nicht mit mehr Recht, als den Erklärungen des Herrn Ministers — nicht vertrauten, die natürlich ganz nichtig waren, absolut nichts, keinen Vorteil bedeuteten. In diesem Falle mußten sie noch weniger Glauben finden als die Erklärungen, die der Herr Minister abgegeben hat. Ich muß das feststellen, um die Art der Agitation gegen uns zu kennzeichnen. Das hatten wir für notwendig, damit Sie nicht wieder einmal, um irgend einen Streik, der von uns für notwendig gehalten wird, zu nichts zu machen, mit der Erklärung kommen können, man solle Vertrauen zu Versprechungen haben. Dann müssen wir auch darauf hinweisen, daß jeder Streik, und mag er auch in den Anfängen noch so gut stehen, immer zunächst gemacht wird, wenn eine entsprechend große Anzahl von Arbeitern von anderen Dingen beunruhigt wird als von dem Gedanken...

eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen.

So war es im Ruhrgebiet, und was im Ruhrgebiet der „Christliche“ Verband getan hat gegen den alten Verband, den „Christlichen“ und den politischen, das hat im Saargebiet der katholische Fachverein gegen den „Christlichen“ Verband getan. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich könnte Ihnen Flugblätter, Zeitungsartikel vorlesen — ich habe sie hier —, in denen fast wörtlich genau dasselbe steht gegen den „Christlichen“ Verband, als was der „Christliche“ Verband im Ruhrgebiet gegen unseren Verband geschrieben hat. (Abg. Hoffmann: Wörtlich — Heiterkeit.) Also, Sie wissen sich schon damit abfinden, daß die Mühle, die Sie im Saargebiet geschwiegt haben, von keinem Arbeiter als ehrlich angesehen werden kann. Meine Herren, warum mußten denn nun die „Christlichen“ Bergarbeiter von der Lohnbewegung zurücktreten, abgesehen davon, daß Sie es vielleicht von allem Anfang nicht ernst gemeint haben? In der „Berliner Volkszeitung“ vom 14. Januar ist in einem Artikel:

„Die Zerklüftung der Zentrumspartei“

etwas enthüllt worden, was außerordentlich interessant erscheint. Es heißt darin, daß die Kölner Richtung durch ihren Interdikt der Zentrumspartei mit den Wesen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und den Kohlenmagnaten die Wahlgelüste am Niederrhein regelt. (Hört, hört! bei den Soz.)

Liberalismus und Merkantilismus Arm in Arm! Diesen höheren Gesichtspunkten der Parteipolitik sind damals, im Jahre 1912, die Interessen der Bergarbeiter im Ruhrgebiet geopfert worden. Es steht in dem Artikel: „Ebenso mußten die Führer der „Christlichen“ Gewerkschaften im Ruhrbezirk, die Giesbers, Schiffer, Imbusch, Effert und Genossen sich für das Unternehmertum und gegen jeden Streik der Bergleute erklären. (Hört, hört! bei den Soz.) Somit abhandelt der alte Verband für die seit einem Jahrzehnt in gebührender Stimmung lebenden Bergarbeiter an der Ruhr im Verein mit den „Christlichen“ und politischen Verbänden in den Streik eintrat, mußten getreu dem geheimen Abkommen zwischen den rheinischen Zentrumsfraktionen und den Großindustriellen, die „Christlichen“ Gewerkschaftsführer den katholischen Arbeitern in ihrem berechtigten Bestreben um bessere Löhne und Arbeitsverhältnisse in den Klüften fallen.“

Das ist genau dasselbe, was im Saargebiet der Fachvereintern durch die katholische Geistlichkeit angeraten worden ist. Bei dieser Frage ist es bemerkenswert, daß der Reichstagsabgeordnete Hoffmann den Standpunkt gegen den „Christlichen“ Verband vertreten und fast dieselben Worte gebraucht hat, den auch der „Christliche“ Verband im Jahre 1912 gegen uns vertreten hat. Und die Resolution, die die „Christlichen“ Bergarbeiter am 10. März 1912 in Essen gegen unseren Verband beschloßen haben, stimmt im Gedanken- und Inhalt mit der Resolution überein, die am 15. Dezember 1912 zu Saarbrücken die Berliner Richtung in der Zentrumspartei gegen den „Christlichen“ Verband beschloßen hat!

Der Zentrumsabgeordnete Hoffmann führte aus: „Den Streik anlangend, macht man uns den Vorwurf, wir seien Streikbrecher. Mit diesem Vorwurf kann man ruhig zu Hause bleiben. Wie können wir Streikbrecher sein, wenn noch nicht gestreikt wird, und wenn wir von vornherein erklären, daß wir nicht mitstreiken? Ein Streikbrecher ist doch zunächst derjenige, der mitstreikt und dann die Arbeit vor Beendigung des Ausstandes doch wieder aufnimmt. Unsere Stellungnahme zum Streik ist diejenige, die schon angegeben worden ist.“

Meine Herren, genau dasselbe, was bei dem Streik 1912 vom „Christlichen“ Verband erklärt worden ist. Ich könnte noch eine ganze Menge solcher Analogien anführen, um zu beweisen, daß der „Christliche“ Verband gar nicht das ernste Bestreben gehabt hat, die Interessen der dortigen Bergarbeiter so zu vertreten, daß sie zur äußersten Tätigkeit zur Verbesserung ihrer Lage angepannt werden sollten. (Abg. Hoffmann: Sehr wahr!)

Wie hat außerordentlich betrübt, daß in diesem hohen Hause der Herr Minister erklären konnte:

es ist nichts bewilligt worden, es ist nichts erreicht worden, alles, was darüber gesagt wird, sind nur Redensarten, um die Leute da dranhin bei guter Laune zu erhalten. Ich sage, es ist sehr bedauerlich, daß der Herr Minister eine solche Erklärung abgegeben hat. Wir hätten gewünscht, der Herr Minister hätte erklärt, daß er den Anforderungen, die die Arbeiter nun einmal stellen, in regelmäßige Verhandlungen über die Lohnfragen einzutreten, nachgekommen wäre. Wir wünschten es ebenfalls und fordern unter allen Umständen, daß der Minister endlich einmal mit gutem Beispiele vorangeht. (Sehr wahr!) bei den Soz.) und die Arbeiter nicht in der Weise betrachtet, wie es im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und in den verschiedenen anderen Gegenden durch den Privatbergbau geschieht. Wir wünschen, daß in dieser Beziehung wenigstens

die staatlichen Betriebe Musterbetriebe sind,

damit der Herr Minister mal zeigen kann, was im gegenseitigen Einverständnis mit den Arbeitern geschaffen werden kann in bezug auf die Löhne und auf die sonstige Behandlung der Arbeiter. Wir fordern, daß der Herr Minister vorangeht und Tarifverträge abschließt; denn die staatlichen Bergwerke sind ebenso gut für die Arbeiter Arbeitgeber, wie jeder andere, sie haben dieselben Verpflichtungen und sollten in sozialer Beziehung tonangebend sein und vorangehen. Demzufolge verlangen wir, daß eine Verhandlung mit den Organisationen ohne Unterbruch stattfindet.

Wenn im Saargebiet die „Christliche“ Organisation, wie der Herr Minister sagte,

auf den Hund gekommen ist,

und daß es notwendig gewesen sei, die Organisation durch eine energische Agitation zu fördern, so glaube ich, daß die „Christliche“ Organisation den Zweck nicht erreicht hat, denn die Erbitte lag darüber, daß wegen nichts und wir er nichts abgegeben wurde, obwohl gar nichts erreicht worden ist, ist bei weitem größer und vergrößert sehr die Agitation. Aber dem „Christlichen“ Verband kann vielleicht diese hofflose Arbeiterbewegung, mit der Ansicht der Bergherren übereinstimmende Abweisung ihrer Forderungen durch den Herrn Minister wieder auf die Beine helfen, vorausgesetzt, daß es noch Arbeiter gibt, die zu diesem Verband Vertrauen haben könnten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das müssen wir unter allen Umständen als unzulässig bezeichnen, daß die Arbeiter so behandelt werden, wie hier geschieht, daß man mit einem gewissen Stolz spricht: die Arbeiter haben nichts erreicht, ich habe im Laufe der Bewegung nichts mehr zugestanden, als ich schon von vornherein gesagt habe. — Eine solche Erklärung hätten wir von dem Herrn Minister im Interesse der staatlichen Bergwerke nicht erwartet. Ich glaube, das Vertrauen wird verschwinden sein, genau so verschwinden sein wie das Vertrauen des Herrn Effert zu diesem Streiklassenhaufe — oder vielleicht bezogt man es richtiger, wenn man sagt: zu diesem Entlassenenhaufe; denn es ist hier ja nur eine Klasse betroffen. Herr Effert jagte einmal, in diesem Falle — es handelte sich damals um die Regelung des Knappschaftsbeitrages — habe ich deutlich gezeigt, daß im preussischen Landtag in wirtschaftspolitischen Dingen nicht die Staatsregierung maßgebend ist, sondern eine Hand voll Gewerkschaftler des Ruhrbezirks.

Der von den Bergleuten heute noch etwas vom Landtag erwartet, ist unheilbar verurteilt!

(Hört, hört! bei den Soz.) Auf diesem Standpunkt hat der „Christliche“ Führer Effert gestanden. Trotzdem war er einer der schärfsten Gegner des alten Verbandes zur Zeit des Streiks im Ruhrgebiet, weil er den Bergherren vertraute. Jetzt wieder war er einer der größten Führer des Kampfes im Saargebiet, ist der Mann, der jetzt Erklärungen des Ministers für unehrlich hielt, der meinte, er müßte sich schämen, wenn er Erklärungen des Ministers für ehrlich hielte. Vertrauen zu solchen Führern wird auch nicht mehr vorhanden sein. Aber wo eine solche Erbitterung in den Bergleuten steckt, wie im Saargebiet, war es notwendig, daß sich der Herr Minister den Arbeitern anders gegenüberstellte, als mit Schroffer und höhnischer Abweisung ihrer Forderungen. (Wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Schutz den Arbeitswilligen.

Seit Monaten hat keine Zusammenkunft der Schärfmacher stattgefunden, auf der nicht der nicht der Erklärungen wäre: „Schutz den Arbeitswilligen.“ Ganz gleich, ob es sich um eine Zusammenkunft der städtischen Kräfte, oder westfälischen Schatzkammer, der hantwärtlichen Pfister und Elgsside oder der „liberalen“ Gewerkschaftler oder der städtischen hantwärtlichen, und doch denken all diese Mäher im Streik garnicht daran, einen wirklichen Arbeitsschutz zu fordern, sondern nur Schutz der Streikbrecher, Schutz derjenigen Elemente, die ihren Arbeitsverhältnissen in den Klüften fallen, wenn diese um Verbesserung der Wirtschaftslage aller Arbeiter zu kämpfen gezwungen sind. Schutz der Arbeitswilligen fordern die Schärfmacher in ihrem eigenen Interesse, und nur für die Streikbrecher, mit deren Hilfe sie die berechtigten Forderungen der Arbeiter vereiteln, die ausschließlichen Lohnkämpfe niederwerfen können, während die wirkliche Arbeitsschutz nicht nur nicht schützen, sondern mit all ihren Macht- und Gewaltmitteln verfolgen, ausperren, ins Elend stoßen. Wie wenig Schutz die wirklich arbeitsschützenden Arbeiter im „Reichsstaat“ Preußen, Deutschland genießen und wie notwendig ein wahrer, ehrlicher Arbeitsschutz wäre, darüber können Laubende besser Bergarbeiter Auskunft geben. In zwei Fällen wollen wir erneut zeigen, wie dringend notwendig ein wirklicher Arbeitsschutz ist: gegen die Kapital-Terroristen.

Der Bergmann K. A. aus Wittmar wurde nach dem Streik auf Bechen Karolinnengrund wieder angelegt, jedoch am 21. März plötzlich auf dem Bechenplan verhaftet, weil er angeblich Arbeitswillige beleidigt haben sollte. Nach einigen Tagen wurde er aus der Untersuchungshaft entlassen, aber der Betriebsführer verweigerte ihm die Anfahrts- und handigte ihm am 8. April die Arbeit aus, und zwar, weil er mehr als drei aufeinanderfolgende Schichten willkürlich geleitet, sich nicht vorher vorchriftsmäßig abgemeldet habe! Seine Entgegung, daß es ihm doch garnicht möglich war, sich erst abzumelden, da er verhaftet und sofort abgeführt worden sei, was der Richter gesehen habe und bestätigen werde, fruchtete nichts. Er hatte sich nicht „vorschriftsmäßig“ abgemeldet, folglich war er erneut „kontrastrafällig“ geworden und seine Entlassung „gerichtet“. Das er nicht lebhaft an die vor einigen Jahren auf einer Essener Fache erfolgte Verurteilung eines Wüßli Berunglückten wegen willkürlichen Feiern! Der Mann war in den Schacht gestürzt, lag auf der Totenbahn, dennoch hing die Bechenverwaltung ihn mit 2 Mark aus schwarze Bret, weil er nicht zur Arbeit erschienen war! Tot oder lebendig, zur Arbeit hat der Kumpel pünktlich zu erscheinen und sich vorschriftsmäßig abzumelden, gleichviel, ob die Polizei ihn gewaltsam vom Bechenplan fortjagt, ihm die Möglichkeit gegeben ist oder nicht! Obgleich die Auszahlung der Papiere erst am 8. April erfolgte, hatte der Betriebsführer dennoch auf dem Abhefischen den 24. März als Entlassungstag angeführt und so nach Meinung des Entlassenen keine Papiere gegenrechnet, weshalb er fast sechs Wochen ausgeperert blieb, trotzdem er zu den wirklich Arbeitsschützenden gehörte. Er klagte gegen die Fache auf Schadenersatz für die Zeit seiner Ausperierung, wurde jedoch am Berggewerbegericht (Spruchkammer Bochum), kostenpflichtig abgewiesen. Wegen dieses Urteil legte er Berufung ein, die am 8. Februar d. J. von der V. Zivilkammer des Landgerichts Dortmund ebenfalls kostenpflichtig zurückgewiesen wurde. Vor dem Landgericht machte die Bechenverwaltung noch geltend, daß die nicht vorschriftsmäßige Abmeldung am 21. März nicht der alleinige Entlassungsgrund sei, sondern die „Belästigung“ zweier Arbeitsschützenden während dem Streik bestoße gegen § 22 Ziffer 9 der Arbeitsordnung und rechtfertige die sofortige Entlassung ebenfalls. Die Abkündigung des Entlassungsdatums vom 8. April auf den 24. März sei lediglich im Interesse der Entlassenen geschehen, um ihm für eine Woche die Knappschaftsbeiträge zu sparen. Es sei damit keine Kennzeichnung der Papiere und Ausperierung gemäß § 8 des Bechenverbandes beabsichtigt gewesen. Das Gericht hält die nicht vorschriftsmäßige Abmeldung bei seiner Verhaftung nicht als ausreichenden Grund zur sofortigen Entlassung, da nicht erwiesen sei, daß der Kläger wirklich die Möglichkeit gehabt habe, sich noch vorschriftsmäßig abzumelden. In allen anderen Punkten schloß es sich den Ausführungen der Bechenverwaltung an und wies den Kläger kostenpflichtig ab. Schutz diesem Arbeitsschützenden!

Der Bergmann M. aus Daiteln wurde Anfang April 1912 auf Beche Emscher-Lippe sofort entlassen, weil er Streikbrecher außerhalb des Betriebes beschimpft haben sollte. Mit der Entlassung war ebenfalls die übliche Ausperierung verknüpft und so erhob er Klage wegen Kontrastraf und auf Schadenersatz für die Zeit der Ausperierung. Das Berggewerbegericht (Spruchkammer Beckinghausen-D) wies ihn kostenpflichtig ab, worauf er Berufung beim Landgericht Dortmund einlegte, jedoch am 8. Februar d. J. von der V. Zivilkammer kostenpflichtig abgewiesen wurde. Das Landgericht hielt als erwiesen, daß M. am 31. März seinen Kumpel E. in der Bechenkolonie als Streikbrecher ausgehimpft, mit einem anderen Kumpel K. auf der Knappschaftstraße in Dortmund geraten, diesen ebenfalls, Streikbrecher beschimpft und gestochen habe. Nach § 22 Ziffer 9 habe die Bechenverwaltung das Recht gehabt, M. sofort zu entlassen, weil die Voraussetzungen dieses Paragraphen sich durchaus nicht auf Tätlichkeiten im Betrieb beschränke, sondern auch auf Vorwurfsfälle außerhalb des Betriebes. Es sei zwar nicht erwiesen, daß auf Grund dieser sofortigen Entlassung die weitere Ausperierung nach § 8 des Bechenverbandes erfolgt sei, aber selbst für den Fall, daß wegen der Beschimpfung der Arbeitsschützenden die Ausperierung erfolgte, widerspreche eine solche Ausperierung durchaus nicht den guten Sitten!

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Das „Christliche“ Gewerkschaftsorgan über das wirtschaftliche Elend und über Unternehmerrationalität in fremden neukatholischen Gegenden ganz besonders hart klagend, ist nichts neues mehr. So bringt die „Christliche“ Textilarbeiter-Zeitung in ihrer Nummer vom 8. März erneut Material darüber, wobei die Anrechtstheorie der katholischen Kirche führen muß. Es handelt sich bei nachfolgender Elendschilderung um das Weberstädtchen Katticher, an der Grenze der Kreise Reobisch und Kattich in Oberschlesien. Das Blatt schreibt u. a.: „Die Handweberei, obwohl in Katticher stark zurückgegangen, beschäftigt immer noch über 1000 Personen, zum Teil ganze Familien. Außerdem sind in den letzten Jahren einige Webereien entstanden, von denen einige Zweiggeschäfte Berliner Firmen sind. Während vor einigen Jahrzehnten, namentlich, als die große Leinen- und Damastweberei E. Fränkel in Neustadt (Oberschl.) noch nicht in ihrem jetzigen Umfang existierte, die Weber von Katticher vorwiegend Leinenwaren auf Rechnung der Firma S. Fränkel anfertigten, beschäftigten sie sich jetzt vorzugsweise mit der Herstellung von Krämmer, Plüsch, Teppichen und auch Gobelins. Vielfach werden diese Artikel von sogenannten „türkischen“ Händlern im Hausierhandel abgesetzt. Die wenigsten Käufer haben wohl eine Ahnung von den Hungerlöhnen, die den hiesigen Webern für diese Arbeiten gezahlt werden. Durchschnittslohn von 8 bis 9 Mk. und selbst darunter dro Woche sind gar keine große Seltenheit, auch für verheiratete Weber. Dazu müssen meist noch zwei Hilfskräfte sein und die schulpflichtigen Kinder müssen in der schulpflichten Zeit fleißig mitarbeiten. Von diesem kärglichen Einkommen sollen nun vielfach noch Familien von 6 bis 8 Köpfen unterhalten werden. Wie das möglich ist, kann hier ein Fernstehender schlechterdings nicht enträtseln. Das es da bei der anerkanntesten Bedürfnislosigkeit der Bevölkerung trotzdem noch am Notwendigsten häufig fehlen muß, liegt auf der Hand. Die ausgegrenzten Gestalten der Weber und die abgeklärten Gestirne der Frauen, die oft nicht wissen mögen, woher das Notwendigste nehmen und nicht wissen, reden eine einträgliche Sprache. Wie es möglich ist, daß sich derartige Zustände bis in unsere sonst recht fortgeschrittene Zeit erhalten konnten, wird

mancher fragen. Nun, die Erklärung hat man bald, wenn man hört, daß Katticher, wie überhaupt die ganzen Kreise Reobisch und Kattich, eine Domäne des Verbandes „Sich Berlin“ sind. Hier durften bisher nur nach den „allein richtigen Interessen“ wahrgenommen werden. Selbstverständlich nur, soweit die Arbeiter in Betracht kommen. Mit allen Mitteln wurden andere Organisationen ferngehalten. Selbst die Sozialdemokraten, die sich ihre Intention in den sogenannten „schwarzen Winkeln“ einen höchsten Preis Geld kosten lassen, konnten bisher in Katticher nicht festen Fuß fassen. Auch der christliche Handwerkerverband, der in den letzten Jahren in Oberschlesien ganz bedeutende Fortschritte gemacht und die sozialdemokratischen Verbände, die zum Teil viele Jahre früher eingeführt wurden, schon überflügelt hat, konnte bisher in dieses Gebiet nicht recht eindringen. So konnte der „Berliner“ Verband ungehindert „arbeiten“, unbehindert von „freien“ und christlichen Gewerkschaften, die sonst als Hauptursache hingestellt werden, daß die katholischen Grundzüge im Wirtschaftsleben nicht zur Geltung kommen können. Was ist nun mit diesem famosen sozialwirtschaftlichen System der Berliner Fachabteilungen erreicht worden? Nichts. — Doch halt, etwas. Eine große Bitterkeit und teilweise von Bergweilung nicht weit entfernte Entmutigung hat sich der Arbeiterchaft bemächtigt. Auch die harmlosen Fachabteilungen wurden nur solange empfohlen, als die darin organisierten Arbeiter nicht eine Verbesserung der Löhne wünschten. Selbst Arbeiter, die fest den Glauben hatten, daß die katholischen Fachabteilungen die beste Organisationsform seien und daß sie durch die katholischen Fachabteilungen ihre wirtschaftlichen Interessen wirksam vertreten könnten, mußten erleben, daß sie als Sozialdemokraten verschrien wurden. Nur, weil sie eine Verbesserung der Löhne anstrebten. So mußte es kommen, wie es nicht anders kommen konnte.“

So geht es nicht nur den Webern in Katticher, so geht es in der dortigen Gegend Zehntausenden von Arbeitern. Und hier und da sieht es noch schlimmer aus, wie bei den Webern in Katticher. Man muß den Mut jener Leute bewundern, die den halbverhungerten Menschen noch die schredlichsten Höllequalen im Jenseits in Aussicht stellen, wenn sie sich ihres wirtschaftlichen Elends bewußt werden. Wer so weit kommt, wird, wie wir es aus obiger Darstellung erkennen, als Sozialdemokrat hingestellt, ist als Höllebraten reif. Wirklich, es geht Mut dazu, katholische hungende Arbeiter so zu behandeln. Die deutsche Arbeiterklasse kann stolz darauf sein, daß sie sich in beträchtlicher Zahl einer solch freien und kulturwidrigen Erziehung durch Pfaffen, Unternehmer und katholische Arbeiterorganisationen durch die kräftigste Selbsthilfe entzogen hat.

Vom Tempo des Welt Handels.

Die internationale Wirtschaftskrise, die dem Hochkonjunkturjahre 1907 folgte, äußerte sich nicht in allen Industrieländern mit gleicher Heftigkeit. Auch der auf die Depressionsperiode folgende erneute Aufschwung vollzog sich in den verschiedenen Wirtschaftskreisen nicht einheitlich. Soweit die Intensität des Konjunkturaufstiegs in der Bewegung des Außenhandels, besonders in der Entwicklung des Warenexportes, zum Ausdruck kommt, läßt sich mit Bestimmtheit feststellen, daß Deutschland seit dem Jahre 1907 den stärksten wirtschaftlichen Aufschwung zu verzeichnen hat. An zweiter Stelle folgen die Vereinigten Staaten von Amerika. Weit langsamer als in diesen beiden Wirtschaftskreisen vollzog sich der Konjunkturaufstieg in Frankreich und England. In den genannten vier Ländern betrug nämlich die Ausfuhr von Waren dem Werte nach in Millionen Mark:

Table with 4 columns: Year, Deutschland, Ver. Staaten, England, Frankreich. Rows for years 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912.

Im Jahre 1912 betrug die Zunahme des Exports in Deutschland 9,6 Proz., in den Ver. Staaten 14,7 Proz., in England 7,8 Proz. und in Frankreich 9,2 Prozent. Seit dem Jahre 1907 stieg die Ausfuhr Deutschlands um 20,8 Proz., Frankreichs um 18,6 Proz. und Englands um 14,4 Proz. Die Ver. Staaten hatten eine Zunahme um 24,8 Proz. zu verzeichnen. Für die Einfuhr dieser Länder ergaben sich folgende Werte in Millionen Mark:

Table with 4 columns: Year, Deutschland, Ver. Staaten, England, Frankreich. Rows for years 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912.

Zu Jahre 1912 stieg die Einfuhr Deutschlands um 6,0, der Ver. Staaten um 18,6 und Englands um 9,5 Prozent, während der französische Anport gegen das Vorjahr um 1,4 Prozent zurückging. Die Zunahme der Einfuhr seit dem Jahre 1907 betrug in Deutschland 17,4, in den Ver. Staaten 27,7, in Frankreich 27,8 und in England 15,3 Prozent. Aus der Bewegung des Gesamthandels ergibt sich, daß Deutschland seit dem Ende der vorigen Hochkonjunkturperiode am Weltmarkt unübertroffen die bedeutendsten Fortschritte gemacht hat. Der normale Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung wurde verschiedentlich durch äußere Einflüsse beeinträchtigt. So war England im Frühjahr 1912 durch den großen Bergarbeiterstreik und durch nicht minder bedeutungsvolle Lohnkämpfe in anderen Gewerbebezügen längere Zeit aus dem Konkurrenzkampf am Weltmarkt fast völlig ausgeschlossen. Die im letzten Jahr trotz dieser Hemmnisse erzielte Steigerung des Exports um 7,8 Prozent verdient deshalb besondere Beachtung. Die zeitweilige Lähmung der englischen Konkurrenzkraft kam naturgemäß den Ver. Staaten und Deutschland in erster Linie zugute.

Sintender Fleischverbrauch — steigende Preise.

Soweit sich die Fleischversorgung Deutschlands an der Hand amtlichen statistischen Materials beobachten läßt, zeigt sich von Monat zu Monat ein immer schlechteres Bild. Das Angebot an den Schlachtmärkten geht mehr und mehr zurück, die Fleischpreise steigen weiter und der Verbrauch muß dementsprechend eingeschränkt werden. Monatliche Nachweisungen über den Viehauftrieb und die Schlachtungen liegen für einen Kreis von 40 deutschen größeren Schlachtmärkten vor. An diesen Plätzen stellte sich das Angebot von Schlachttieren im Februar 1913 auf 63,26 Mill. Kg. gegen 72,45 Mill. Kg. im vorjährigen Parallelmoment. In den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres betrug der Gesamtauftrieb an den genannten Märkten 180,65 Millionen Kilogramm. Das bedeutet gegen die entsprechenden Monate des Vorjahres eine Verminderung um 23,31 Mill. Kg. Im einzelnen entwickelte sich der Auftrieb nach Mill. Kilogramm wie folgt:

Table with 4 columns: Year, January, February, January, February. Rows for Cattle (Rinder), Pigs (Schweine), Sheep (Schafe), and Horses (Pferde).

Der schärfste Mangel zeigt sich noch immer an den Schweinemärkten. Der Auftrieb von Minder, der allerdings auch im Vorjahre relativ gering war, hat nicht allzu viel nachgelassen. Wie stark die Produktion an Schlachttieren aber im Vergleich zu früheren Jahren zurückgegangen ist, kann man daraus erkennen, daß im Februar 1910 noch 26,06 Mill. Kg. Minder an den genannten Märkten zum Verkauf gestellt wurden. Da sich jedoch die Bevölkerungsziffer in den hier in Betracht kommenden Großstädten ganz bedeutend gehoben hat, muß eine sehr bedeutende Einschränkung des Fleischkonsums stattgefunden haben. Das Nachlassen des Auftriebs von Jungvieh bildet das einzig erfreuliche Symptom, denn es besteht nunmehr die Aussicht, daß sich allmählich wieder eine Kompletierung der Viehbestände vollziehen wird. Allerdings dürfte es sehr lange dauern, ehe wieder das Niveau früherer Jahre erreicht wird. Ob die deutsche Viehzucht jemals in die Lage kommen wird, den Fleischbedarf des Landes auskömmlich zu decken, erscheint überhaupt sehr fraglich. Wie stark die Verminderung des Angebots auf den Konsum zurückgewirkt hat, ergibt sich aus folgender Zusammenstellung des Verbrauches für die erwähnten 40 Orte in Millionen Kilogramm:

Table with 4 columns: Year, January, February, January, February. Rows for Cattle (Rinder), Pigs (Schweine), Sheep (Schafe), and Horses (Pferde).

Im schärfsten kommt die herrschende Fleischnot natürlich in der Bewegung der Fleischpreise zum Ausdruck. Diese zeigt fast durchweg immer noch steigende Tendenz. Nach den Berichten aus 50 preussischen Städten beredete sich der Durchschnittspreis im Kleinhandel für den Monat Februar der Jahre 1909 bis 1913 pro Kilo Fleisch auf Preismittel:

hat. Hat Klein so geschworen, wie der „Vergnapp“ verlobt, kann er u. G. seinen Tag länger Knapp- schaftsalter sein und wird man sich im Knappschaffsvorstand umbedingt mit der Angelegenheit befassen müssen. Werden schon Leute für besagten erklärt, die 14 Tage im Gefängnis gefessen haben, wie kann man dann einen Mann auf dem Posten lassen, der am Gericht das genaue Gegenteil besagt, was der Vorsitzende des Vereins vorher besprochen hatte. Einer von den beiden, Weibmann oder Klein, hat nach dem Bericht des „Vergnapp“ einen wissentlichen Meineid geschworen.

Niederösterreichischer Knappschaffsverein.

Die Knappschaffsämter des Bergarbeiterverbandes erstatteten am 2. und 9. März in insgesamt 10 Knappschaffsversammlungen, von denen 18 im Waldenburger und 8 im Neudorfer Revier stattfanden. Verlobt über ihre bisherige Tätigkeit. Für das Waldenburger Revier waren 14 Versammlungen einberufen, von denen aber die im Gasthaus „Zum Teufel“ bei Gastwirt Müller in Dittersbach nicht stattfanden konnte, weil der Wirt im letzten Augenblick das Lokal entzog. Nicht allein die Grubenbeamten der Melchiorgrube, sondern auch der Amtsvorsteher Neuner von Dittersbach hatte Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um die Versammlung zu vereiteln. Weß die Einladungsliste in Waidum gedruckt und weit Meherenten angekündigt waren, hatten Grubenbeamte und Amtsvorsteher herausgefunden, daß es unbedingt sozialdemokratische Versammlungen seien, die verhindert werden mußten. Wenn Amtsvorsteher und Grubenbeamte geschult haben, und durch diese Seiten zu schädigen und mundtot zu machen, so haben sie sich gründlich verrechnet. Die Erbrüderung unter den Bergarbeitern birgt dafür, daß sie jetzt erst recht an der Arbeiterfrage festhalten und für sie immer neue Anhänger gewinnen werden.

Wurden früher die Knappschaffsversammlungen meistens schlecht besucht, war ein Interesse für Knappschaffsfragen fast gänzlich vorhanden, so waren sie jetzt gut besucht, mehrere überfüllt, ein Beweis, daß auch ein Interesse für Knappschaffsfragen vorhanden ist. Nachdem die Revier die Entstehung des Knappschaffswesens geschildert hatten, besprachen sie die jetzigen Zustände. Infolge der öffentlichen Verleumdungen durch Druck und Terror wurde erreicht, daß Grubenbeamte als Knappschaffsämter gewählt wurden. Was Wunder, daß im Niederösterreichischen Knappschaffsverein eine Verschlechterung die andere drängte. Das größte Uebel wurde den Knappen im 1887er Statut zugefügt, indem den Frauen und Kindern die kostenlose Lieferung von Weiblamanten entzogen wurde.

Bei der Knappschaffswahl im Jahre 1904 wurden zum ersten Male Verbandsämter in nennenswerter Anzahl gewählt und ist konstatiert, daß von dieser Zeit ab auch im Niederösterreichischen Knappschaffsverein so manches für die Bergarbeiter errungen wurde. Wenn der „Vergnapp“ in seiner hohlen Verlogenheit immer wieder behauptet, daß der Bergarbeiterverband noch nichts für die niederösterreichischen Bergleute erzielt hat, so zeigen gerade die Zustände im heutigen Knappschaffsverein, wie sehr er wissentlich die Unwahrheit erbreitet. 1906 wurde der Beschluß durchgedrückt, daß Beschäftigten statt die bisher nur eine, jetzt zwei Zuschläge geliefert werden. 1907 wurde das Krankengeld von 50 auf 60 Prozent des Lohnes erhöht und zwar vom 1. Januar 1910 ab. Die Invaliden- und Witwenrenten wurden um eine Kleinigkeit aufgebessert, die Rente wurde für Halbwaisen von 3,25 auf 3,50 Mk. und für Vollwaisen von 6,50 auf 7 Mk. pro Monat erhöht. Weiter wurde das Sterbegeld für Invaliden von 30 auf 40 Mk. aufgebessert, auch wurde die Anrechnung der Militärzeit durchgeföhrt. 1911 erfolgte eine weitere Erhöhung der Invaliden- und Witwenrenten, auch wurden die Witwenrenten von 3,50 auf 4 Mk. für Halbwaisen und von 7 auf 8 Mk. für Vollwaisen erhöht. 1912 wurde die Kurpfleientzuschädigung für Mitglieder, die in keinem abgegrenzten Kursprengele wohnen, pro Tag von 20 auf 40 Pf. erhöht. Das Sterbegeld wurde für Invaliden von 40 auf 50 Mk., das für Mitglieder von zwanzigjährigen auf den dreißigjährigen Betrag hinaufgesetzt. Weiter werden vom 1. Januar 1914 ab die Kosten für spezialärztliche und Krankenhausbehandlung sowie Arznei für die Familienangehörigen der Mitglieder zu einem Drittel von der Knappschaffskasse übernommen.

Diese Erfolge beweisen, daß die Verbandsämter ihre Pflicht als Vertreter der Knappschaffsmitglieder erfüllt haben. Selbst für Anträge, die von Beamten in Bezug auf Pensionierung gestellt wurden, haben die Verbandsämter sich ebenso ins Zeug gelegt, als wenn es sich um Arbeiter gehandelt hätte.

Wie jetzt feststeht, geht das Oberbergamt mit dem Plane um, die Leistungen des Freizugelbesonds, die der Bergarbeiter in Gestalt von Steuervergütungen in Höhe von 1,44 Mk. jährlich, und an Lieferung von Woll- und Schulbücher für die Bergarbeiterkinder erhalten, zu kürzen bzw. ganz zu beseitigen. Auch da waren die Verbandsämter bei Zeiten auf dem Posten, indem sie am 28. Januar d. J. eine Eingabe an das Oberbergamt richteten, daß die Leistungen in der bisherigen Höhe weiter gewährt werden sollen. Die Verbandsämter sind der Ansicht, daß besser an den Kosten für Kirchenbauten und der Verbindungen für Geistliche gespart werden kann. Im Berichtsjahre 1911 ist für Verlobung der Geistlichen und für Kirchenbauten die totale Summe von 180 930 Mark ausgegeben worden! Das Geld kann völlig gespart werden. Die Errichtung der knappschafflichen Zahnklinik in Waldenburg wurde in den Versammlungen begrüßt, nur wurde gefordert, daß die Kosten für zahnärztliche Leistungen mit derjenigen der Dentisten gleichgestellt werde, was heute nicht immer der Fall ist. In Zustände in der Knappschaffsbücherei in Gottesberg wurden einer Kritik unterzogen. In den letzten Jahren hat die Bücherei stets mit Defizit gearbeitet, was von den Beiträgen der Mitglieder gedeckt werden muß. Soll diese Defizitwirtschaft ein Ende nehmen, dann ist es dringend nötig, daß die Leitung des Betriebes Leuten übertragen wird, die der Aufgabe gewachsen sind, was man jetzt nicht behaupten kann. Die Votpreise dürfen nicht von der juristischen Grubenverwaltung, sondern müssen von der Wärdereiverwaltung selbst festgelegt werden. Bei dem heutigen Modus ist es nicht möglich, aus der Defizitwirtschaft herauszukommen. Wenn die juristische Verwaltung ihren Vergleichen billiges Brot liefern will, darf das nicht auf Kosten der gesamten Knappschaffsmitglieder geschehen.

Daß die niederösterreichischen Bergarbeiter sich mit dem bisher Erreichten nicht zufrieden geben können, versteht sich von selbst. Die Erhöhung des Krankengeldes auf drei Viertel des Lohnes, die Erhöhung der Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten, die kostenlose Lieferung von Arznei für Familienangehörige usw., alles das sind noch Forderungen, die mit aller Kraft von den Verbandsämtern angestrebt werden müssen. Wenn das gelbe Grubenbesitzerblatt, das Waldenburger „Neue Tageblatt“, seinen Kerger über den Verlauf dieser Versammlungen Luft macht, so können wir das verstehen. Dieses Gejährelei beweist nur, wie recht die Verbandsämter bisher gehandelt haben. Mag das 130 000-Mark-Blatt noch so sehr schimpfen und tobten, die Verbandsämter geloben, weiter mit aller Kraft im Interesse und zum Wohle der Bergarbeiter und ihrer Familien in der Knappschaffskasse zu wirken.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehe Arndberg Zerstörung. Weil wird über den Steiger Tages geflagt. Wohl keiner bringt es fertig, die Arbeiter mit so hohen Geldstrafen zu belegen, wie er. Er hat 6 Mark Strafen bei sich im letzten Sektentreiben. Wenn ein Arbeiter ein Unfallsfall in der Familie oder sonst dergleichen bekommt, so ist eine Strafe jedem nutzlos und nicht vorzuziehen, wenn man nicht die Strafe prompt. Will er sich nun recht zeigen und nachweisen, daß er tatsächlich nicht anders gekannt hat, so heißt es: „Wem können das nicht past, so können Sie ja auch 15. kündigen.“ Am 3. und 4. Februar bestrafte dieser Steiger 18 Mann mit zusammen 66 Mark. Wie die Befragungen, so ist auch seine Behandlung der Arbeiter gegenüber. „Für dämlichen Fieder, Ihr Kolladen, sei zu dumm, um Läuse zu fressen“ lauteten seine Titel, womit er die Arbeiter belegte. In jenem Revier steht es aber nicht am besten aus. Die Wörthel lag er öfter vier bis fünf Wochen stehen. Die Arbeiter verrichten ihre Notdurft alleinholden in den Strecken. Auch in der Krankenbehandlung hat dieser Steiger etwas los. Als kürzlich einige Arbeiter, die über ein Jahr stets im Revier gearbeitet haben, wegen Rheumatismus fielen, trieb Steiger Kops so gefand. Einer von ihnen, der wegen schwerer Entzündung ins Krankenhaus kam, wurde schon am Montag von Dr. Krause als gesund entlassen. Der Arzt jagte, Steiger Tages habe rechtlich am diese Arbeiter gebeten. Auch habe er geschrieben, die Arbeiter seien nicht krank! Trotzdem die Arbeiter ständig klagen, daß es mit der Organisation auf diesen Schächten schlecht aus. So lange die Bergarbeiter sich nicht in einem Verbände zusammenhalten, solange werden sie schlechte Behandlung, hohe Strafen und sogar noch Schläge weiter zu erdulden haben. Da hilft alles nichts. Denn jede Schuld trägt sich schon hier auf Erden, und das was feststeht zu bezeugen, wie er es verdient.

Sehe Gewerkschaft Barmen. In Nr. 10 der „Bergarb.-Ztg.“ ist eine Verlobung von der Direktion dieser Zeche erschienen, in der bestritten wird, daß die Mißstände, welche in Nr. 8 der „Bergarb.-Ztg.“ geschildert wurden, vorhanden seien. Wir beschupfen nochmals: Es ist richtig, daß der 1,50 Meter breite Gang in der Saue durch Ästen und leere Wasserläden versperrt war und vor der letzten Lohnzahlung, am 25. Januar, also nach Erscheinen der Zeitschrift in Nr. 8, diese Ästen weggeräumt sind. Weiter ist es richtig, daß die Förderer sich in einem Zustande befanden, als wenn es abgebaute Strecken wären, die jedoch seit Erscheinen der Nr. 8 verbaut worden sind. Und der Wassergraben gereinigt ist. Weiter ist es richtig, daß die Wasserführung schlecht ist und die Abortkübel wochenlang gefüllt in der Grube standen. Desinfiziert werden die Abortkübel überhaupt nicht. Richtig ist, daß Strecken zu Buch gehen und bei guten Gebergsverhältnissen leicht aufrecht erhalten werden könnten. Es ist richtig, daß Leute aus aller Herren Länder angeworben werden und nach Bedarf zu Beschäftigten verwendet werden. Richtig ist, daß der „Vergnapp“ Agent sein Lohnbuch vorgelegt hat, sondern daß der „Vergnapp“ Agent dies gemacht hat! Dazu ist es richtig, daß Leute über 200 Mark verdient haben, aber auch ist es richtig, daß Leute über 600 Mk. pro Schicht Lohn genug wäre.“ Endlich ist es richtig, daß es früher vorgekommen ist, daß Leute 8 Mark verdienten und auch andere wieder bloß 3 Mark, und als der Belegschaftswechsel allzu groß wurde, wurde erst Abhilfe geschaffen. Zum allerletzten ist es richtig, daß die angeführten Mißstände zum Teil beseitigt und dann eine Verlobung geschrieben worden ist.

Sehe Konsolidation II und VII. Trodem die Herren sich ärgern, besonders Herr Mittermann, wenn eine Zeitschrift über Mißstände erscheint, wird doch nicht für Abhilfe gefordert. Es scheint, als wenn hierzu keine Zeit vorhanden wäre, Kohlen, nur schneit! So mußten am 24. Februar von der Wagnersicht elf Kameraden nach Hause gehen, weil ihre Lampen nicht in Ordnung waren. Die Kameraden waren um 5,35 Uhr an der Lampenbude, da die Lampen aber nicht funktionierten, war die Förderung noch der 5. Sohle, wo nur vier bis fünf Körbe einfahren, geschlossen. Am 1. März nun den Leuten die Anfahrtsnachträge zu gestatten, wurden sie vom Betriebsführer Mittermann mit den Worten: „Ich werde Euch noch früher aufstehen lassen“, nach Hause geschickt. In derselben Angelegenheit waren am 10. Februar auch zitta zehn Kameraden nach Hause geschickt worden. Wer zählt den Leuten für den Tag die Schicht? Vielleicht Herr Bergart Müller, der durch sein Lampenpatent an dem Zustande die Schuld trägt? Ueber die Mittermachersche Vandalen wird allgemein geklagt. Es wäre auch angebracht, dafür Sorge zu tragen, daß die Gebergsstücke, die beim Schichtwechsel abgemoren werden, am anderen Morgen wieder zur Stelle sind. Kommt es doch vor, daß die Haken fehlen, wodurch den Kameraden ein erheblicher Lohnausfall entsteht. Es könnte auch dafür Sorge zu tragen, daß ein Gebergsstück zur 5. Sohle angebracht würde, damit zur Anfahrtszeit wie beim Schichtwechsel die Gebergsstücke den langen Weg zum Schacht nicht zu tragen brauchen. Besonders ist auf die Gefahr zu achten, die hier vorliegt. Wie leicht kann sich jemand an den langen Maschinenbohrern, die der Vorgehende auf der Schulter trägt, die Augen einziehen oder sonstige Verletzungen zuziehen. Dann wird sehr darüber geklagt, daß das Verriegeln, das die Kameraden am Tage auftragen müssen, diese nicht erhalten. Es ist schon vorgekommen, daß eine Kameradschaft drei- bis viermal Verriegeln aufgetragen und doch keines erhalten hat. Diesem Uebelstand ist dadurch abzuhelfen, indem derartige Material in jedem Revier zur Ausgabe gelangt. Hier ist es Zeit für die schwarz-geblenen Sicherheitsmänner und Ausschmittglieder, für Abhilfe zu sorgen. Wo sind die „wahren“ Arbeitervertreter? Wäßen die „Christen“ denn überall nur Begehrer betreten? Haben die Sicherheitsmänner noch nicht gesehen, daß am Schluß der Leutenförderung, wenn 4, 6 bis 8 Mann noch am Schacht stehen bleiben, dann auf die oberen Etagen schon Köhlen aufgeschoben werden? Man läßt die Leute sogar ohne Schichten ausfahren. Aber so etwas braucht ein „christlicher“ Sicherheitsmann nicht zu sehen, oder stellt man sich jetzt ungestört allein unter sich? Die verhassten Altvordäter hat man ja so schön durch den Streikbruch herausgedrängt. Wir hoffen, daß auch der Ausschmitt sich etwas mehr um die Beschwerden, die die Belegschaftsmitglieder vorbringen, kümmert. Von der Verwaltung verlangen wir, daß sie Abhilfe schafft, denn bei 28 Prozent Dividenden kann auch etwas für die Sicherheit der Arbeiter geschehen.

Sehe Viktoria. Obwohl die Schachtanlage überdies einen ziemlich leidlichen Eindruck macht, sieht es aber unterirdisch ganz miserabel aus. In allerhöchster Nähe schon von Hauptkuppeln stehen die Strecken voll Schlamm und Wasser. Die Kameraden, welche hier durch müssen, kommen stets mit nassem Rücken zur Arbeit. Ein leichtes wäre es, diese Strecken trocken zu machen. Die Verwaltung sollte doch bedenken, daß der Gesundheitszustand der Kameraden nicht dadurch gebessert wird. Erkältungen und rheumatische Leiden sind die Folgen von solchen Zuständen. Gibt die Ertrankungsziffer der Belegschaft denn noch so etwas ernstlich zu denken. Bei einer Gesamtbelegschaft von 416 Mann im Jahre 1910 waren 433 Erkrankungsfälle gleich 100 Prozent zu verzeichnen. Im Jahre 1911 waren auf 509 Mann Belegschaft 522 Erkrankungsfälle gleich 102 Prozent. In beiden Jahren also eine Ertrankungsziffer weit über 100 Prozent! Hier gibt es also noch ein arbeitsreiches Feld für die Verwaltung. Die Strecken sind stellenweise ebenfalls so niedrig, daß man sich wirklich wundern muß, daß die Kerbe noch hindurch kommen. Hauptächlich trifft dieses auf die Reviere im Flöz Weiting. Hier passieren auch wohl die meisten Unfallsfälle. Der Holzangel scheint ebenfalls ein chronisches Leiden werden zu wollen. Sollen aber Unfälle nach Möglichkeit vermieden werden, dann kann und darf es nicht an dem notwendigen Holz zum Verbaue mangeln. Sind doch die im Betriebe vorgekommenen Unfälle hier schon gerade hoch genug. Im Jahre 1910 waren Unfälle zu verzeichnen auf 416 Mann Belegschaft 110 einzelne Verunglückungen, im Jahre 1911 bei einer Belegschaft von 509 Mann 120 Unfälle. Also möge die Verwaltung nicht am verkümmerten Ende sparen. Auch diejenigen die sonstigen Zustände nicht die besten zu sein. Vor allen Dingen muß es an der notwendigen Ordnung in den einzelnen Jahrschächten mangeln, denn sonst kann es nicht passieren, daß Kameraden mit den Fahrten abgehen, wie dieses am 5. März passierte. Als ein Wunder ist es zu bezeichnen, daß dabei nicht ein größeres Unglück passiert ist. 12 bis 15 Mann waren hier im Begriffe, im Jahrschacht des Flözes Weiting herauszuklettern, als sich plötzlich eine Gefahr mit mehreren Mann löte und alle mit heruntergerissen wurden. Nur dem Umstand, daß die Fahrtafel gerade geschloßen war, ist es zu verdanken, daß die Kameraden nicht weiter herunterstürzten und dabei ein größeres Unglück passierte. Daß die Verhältnisse überhaupt einer gründlichen Regelung bedürfen, geht ohne Zweifel aus dem großen Belegschaftswechsel hervor. Im Jahre 1910 war der Gesamtwechsel bei einer Belegschaft von 416 Mann 916 in Zu- und Abgang; im Jahre 1911 bei 509 Mann Belegschaft betrug derselbe 785 Mann. Hieraus geht hervor, daß Zeche Viktoria bald zum Taubenschlag geworden ist, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier keine günstigen sein müssen, andererseits könnte man sich die hohe Ertrankungsziffer mit 33 und 40 Prozent über den Knappschaffsdurchschnitt und die recht hohe Unfallziffer erklären. Also Wandel ist hier unbedingt notwendig. — Der „Vergnapp“ hat in seiner letzten Nummer unsere Sicherheitsmänner völlig grundlos angelegelt. Wir raten ihm darum, sich hier einmal über die Tätigkeit der „christlichen“ Sicherheitsmänner zu informieren.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Eicheln-Brandenburger Werke (Verkauf). Mit dem Verdienst ist es so gestellt, daß in den letzten Monaten Hauser sogar mit 90 bis 100 Mark nach Hause gehen mußten, Schlepper erhalten dementsprechend weniger ausgezahlt. Glaubt die Verberwaltung, daß es möglich ist, mit einem solchen Lohn eine sechs- bis siebenköpfige Familie zu erhalten? Der Holzangel ist chronisch. Weder auf der Station noch am Schacht ist Holz zu finden, und die Leute müssen sich das Holz in der Grube zusammenfinden. Es ist schon vorgekommen, daß einer dem anderen das Holz von der Arbeit fortgeschleppt hat. Bei der Bedingereuerung hält es die Betriebsleitung nicht einmal für notwendig, den betreffenden Hauern etwas davon zu sagen. Stimmt es am Lohntag nicht und die Leute beschwerten sich, heißt es einfach, ihr bekommt nur so und soviel pro Wagen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Die „Bruderhand“ der Streikführer. Der Anbiederungsbluff der „christlichen“ Streikführer im nitramontanen „Vergnapp“ vom 8. März an unseren Vorstand ist in der sozialdemokratischen und liberalen Presse verschiedentlich kommentiert und gemeldet worden, während die Zentrumpresse ihn völlig totgeschwiegen hat, ein Beweis, daß der Artikel von irgend einer unver-

antwortlichen Großklappe geschrieben worden ist, ohne daß vorher die Zentrumparteileitung nach die Bischöfe zu der Angelegenheit Stellung genommen hatten. Dem Artikel ist deshalb auch nicht die geringste Bedeutung beizumessen; dennoch wollen wir die hauptsächlichsten Einwendungen besprechen und auch den Grund suchen, warum der Artikel geschrieben wurde. Das „Volkswort“ „Vollblatt“ fragt mit Recht: „Welche Teufeleien mügen da wieder geplant sein?“ Es ist ganz klar, daß hinter der Absicht, soweit eine solche bei den Großklappen bestehen sollte, irgendeine Lieberkraft verborgen steckt, denn bisher haben sie alle unsere Solidarität, unser christliches Zusammengehen stets mit Gemeinheiten, mit Berrät und Verleumdungen belohnt und niemand kann aus seiner Haut. In der übrigen sozialdemokratischen Tagespresse wurde ein gemeinschaftliches Zusammengehen aller Bergarbeiterorganisationen im Interesse der Bergarbeiter für bringen notwendig gefordert und gesagt, daß unser Vorstand zu jeder Zeit für ein Zusammengehen sei, wenn die Streikführer die Garantie gäben, daß sie ein ehrliches Zusammengehen wünschten. Wenn, ja wenn —! Unser Vorstand hat stets betont, daß die Bergarbeiter einig sein müssen, sofern sie etwas erreichen wollten, daß ihre Schwäche allein in ihrer Uneinigkeit liegt, hat tausende Male, mündlich und schriftlich zur Einigkeit gemahnt, den Bergarbeitern die Unternehmerrichtigkeit vorgeführt und würde es mit Freunden begähren, wenn diese Verammelnigkeit endlich aufhören könnten würde. Er ist auch stets für ein gemeinsames Zusammengehen eingetreten, hat die dargelegte Bruderhand nie von sich gestoßen, mochte vorgefallen sein was da wollte. Stets ist es unser Vorstand gewesen, der die Verständigung gesucht hat und immer sind es die „Christenführer“ gewesen, die eine Verständigung unmöglich machten, ein Zusammengehen hintertrieben haben. Eine Einigkeit der Bergarbeiter ist völlig ausgeschlossen, solange die Streikführer in Geheimkonventen mit den Großindustriellen die Bergarbeiterrechte für die Interessen der politischen Zentrumpartei verschandern. Und welche Garantien können sie etwa für ein nochmaliges Zusammengehen bieten? Können und dürfen die „Christenführer“ überhaupt mit und zusammengehen, ohne sich selbst aufzugeben? Diese Frage muß man sich zunächst beantworten, ehe man eine weitere stellt, und da möchten wir die Gegenfrage aufstellen: Kann eine Organisation, deren einziger Zweckzweck ist: Bekämpfung der freien Arbeiterbewegung, überhaupt Arbeiterinteressen vertreten? Wo und wie sollen die Streikführer mit uns zusammengehen, ohne sich selbst den Ver-nichtungskampf anzufügen und welche Garantien sollen und können die Großklappen denn geben, wo ihre Tätigkeit unter strengster Kontrolle der Bischöfe steht? Garantien könnten und nur die Bischöfe geben und diese gehen nicht mit uns zusammen, zumal der Breslauer Bischof selbst Grubenbesitzer ist und dem Oberösterreichischen Berg- und Pötkemännischen Verein angehört! Garantien kann man nur von Leuten verlangen, die auch Garantien einzulösen imstande sind. Und was würde für die Bergleute gewonnen sein, wenn die „Christenführer“ wieder für eine kurze Zeit Frieden und gemeinsames Handeln heucheln, um uns ein Jahr später desto stärker und nachhaltiger zu überfallen? Nicht Worte, nur Taten können uns überzeugen, nur durch Taten können die Streikführer Garantien bieten. Die „Mitt. Zeitung“ vom 8. März bespricht die Entwicklung der beiden Verbände im Jahre 1912, den Klassenabschluß derselben und sagt dann zu dem Kundgebungsbluff:

„Trotz dieser Millionen Einnahmen von Mitgliederbeiträgen und dieser Millionen für Ausgaben ist die Entwicklung der beiden Bergarbeiterverbände keinen Schritt vorwärts gekommen, ist ein greifbarer Erfolg nicht aufzuweisen. Die Führer der christlichen Bnnen im Grunde genommen selbst bei der jüngsten Bewegung im Saargebiet von einem Erfolg nicht gut reden. Im Abgeordnetenhaus hat der Handelsminister bei einer Besprechung der Bewegung im Saargebiet treffend ausgeführt, daß die Organisation der Bergarbeiter im Saargebiet das, was sie behauptet, erreicht zu haben, schon vorher und billiger hätte haben können. Der christliche Gewerkschaftsverein steht nun wieder eine andere Taktik, wenigstens im Ruhrrevier, verfolgen zu wollen. In der letzten Nummer des „Vergnapp“, des Organs des christlichen Gewerkschaftsvereins, wird bei der Besprechung der Lohnentwicklung im vorigen Jahr bedauert, daß der gefällige Kampf des sozialdemokratischen Alten Verbandes eine Wiederannäherung an den christlichen Gewerkschaftsverein und eine gemeinsame Arbeit unmöglich mache, und die Leitung des Alten Verbandes aufgefordert, ihren Kampf gegen den christlichen Gewerkschaftsverein einmal für ein halbes Jahr einzustellen, das gemeinsame Interesse aller Arbeiter verlange es. Die Christlichen werden also wieder einmal um die Gunst der Genossen. Auch das hat man hier im Ruhrgebiet in der Bergarbeitererschaft schon oft erlebt. Die neuesten Vorgänge sind bedauerlich wert, weil auch bei den Metallarbeiterverbänden in den letzten Wochen sich dieselbe Erscheinung zeigte. In einer vom christlichen Metallarbeiterverband in Essen einberufenen Versammlung teilte ein Führer der christlichen Metallarbeiter mit, daß man zu dem Zwecke eines gemeinsamen Arbeitens — es handelt sich um eine bisher vergeblich beruchte Einleitung einer Metallarbeiterbewegung in der Kruppischen Gußstahlfabrik — an den sozialdemokratischen Deutschen Metallarbeiterverband herzutreten ist, der aber ein Zusammenarbeiten mit den Christlichen rundweg abgelehnt habe. Der Beweggrund aus dem sozialdemokratischen Lager liegt in der Erkenntnis, daß die stetig wachsende Entwicklung der Werkvereine die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften stark bedroht, und in dem Bewußtsein der Ohnmacht, daß die Christlichen allein die Bewegung der Gelben nicht zurückzudämmen können. Vielleicht sehen die Führer der Christlichen noch einmal ein, daß gerade ihre schwankende Taktik die Gründung der Werkvereine veranlaßt hat, und daß ihr gefälliger Kampf gegen die Gelben schließlich die christlichen Gewerkschaften im Ruhrgebiet wieder zu Bundesgenossen der freien Gewerkschaften machen muß.“

Nicht allein das Bewußtsein der Ohnmacht gegen die Gelben allein veranlaßt die Streikführer zu ihrer Schwärzung, die nichts anderes ist, als ein neuer Betrugsversuch, sondern es sind die Folgen des „glänzenden Sieges“, den sie im März 1912 über den Dreifund und im Dezember über ihre eigenen Phrasen erfochten haben, die zur Umkehr zwingen. Aber es gibt Situationen, wo es zur Umkehr schon zu spät ist und in einer solchen befinden sich die Streikführer. Auch der „Bergarbeiter“, das Organ der Stütz-Dunderschön, bespricht den Beschluß der Streikführer in seiner Nr. 11 vom 15. März und sagt:

„Ist das nicht interessant? Diese Leute am „Vergnapp“, die den Streikbruch in der wütendsten Weise mit propagiert haben, und durch diesen Streikbruch, zu dem sich auch die christlichen Mitglieder verteidigen ließen, erreichten, daß die Löhne niedrig blieben, Arbeitsbrüder, Frauen und Kinder ins Gefängnis gerieten, ausgerechnet diese — wir ersparen uns eine Bezeichnung — fordern im Interesse der Arbeiter eine andere Behandlung. Eine bessere Behandlung im Interesse derjenigen Arbeiter auch, die sie ins größte Elend hinein gestreift haben.“

Wir möchten fragen, ob jemand der Meinung ist, daß es noch höher geht und feststellen, daß die Streikführer noch immer genau wie 1910, das Eintreten für die Arbeiterforderungen von der Behandlung durch den Alten Verband abhängig machen. Arbeiterführer, denen die Arbeiterinteressen so wichtig sind, daß sie deren Vertretung von der Wertung ihrer „eigenen geschäftlichen“ Persönlichkeit abhängig machen, die sind unter Umständen auch fähig, zu irgend welchen Nebenwaden die Interessen zu vertreten.

„Nicht „nein“ und „behalten“ zugleich ist ja freilich an der Forderung, daß sie vorerst nur eine halbjährige Frist vorzieht. Ob man diese Frist ausbreitend hält, dem Mitgliederkurs Einhalt zu tun und ferner glaubt, daß in dieser Frist die Hochkonjunktur vorüber und dann eine Bewegung unmöglich sei? Wäre nach den Erfahrungen, die wir mit den Christlichen machen konnten, auch nicht ausgeschlossen und würden die Behauptungen der Dreikönigführer rechtfertigen, daß die Christlichen in der Lohnfrage nichts tun wollten. Die Bergarbeiter haben nun wieder erfahren, warum sie auf höhere Löhne vorberhand nicht zu rechnen brauchen. Was sagen dazu die christlichen Mitglieder? Kameraden, hört sie auf, sagt ihnen, weshalb ihre Führer in der Lohnfrage nichts tun wollen.“

Kaplan Silberbrandt als „christlicher“ Gewerkschaftsagitator.

Trotz der päpstlichen Enghilfs, wonach die M.-Gladbacher Streikbewegungen nur gebildet werden können, dagegen aber die katholischen Katholikentagungen zu fördern seien, gibt es immer noch Kaplanen, die als eifrige Agitatoren den interkonfessionellen Unternehmungskörpersgruppen Zutritt zu geben. Zu diesen gehört der Kaplan Silberbrandt aus Ombrecht, der in einem Flugblatt die Eltern förmlich aufficht, ihre Jungen doch dem „christlichen“ Metallarbeiterverbande zuzuführen. In dem Flugblatt heißt es:

„Die sozialdemokratische Partei zählt rund 1 Million Mitglieder und 4 1/2 Millionen Wähler. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben über 2 400 000 Mitglieder. Im vergangenen Jahre hat die sozialdemokratische Partei rund 133 000 Anhänger gewonnen; die freien Gewerkschaften sogar 270 000. Mit dem steigenden Einfluß der Sozialdemokraten auf den Arbeitsplätzen wächst auch die Zahl der Jugendlichen, die sich zur Sozialdemokratie bekennen. Mehr als 100 000 jugendlicher Arbeiter gehören den sozialdemokratischen Gewerkschaften an. Die Zahl der Junglinge, die das sozialdemokratische Jugendblatt „Die Arbeiterjugend“ abonnieren, ist im vergangenen Jahre von 65 000 auf 80 000 gestiegen. Wenn die sozialdemokratischen Organisationen in der Zukunft in dem Maße weiter wachsen, dann wird der Zeitpunkt kommen, wo katholische Junglinge und Männer mit Gewalt in die sozialdemokratischen Verbände hineingezwungen werden. Es gibt heute schon Verufe, wo nur solche Gehilfen beschäftigt werden, die sozialdemokratischen Organisationen angehören. Wollen wir uns in Hombruch vor Unbetrübungen bewahren, dann müssen die Junglinge auf der Arbeitsstelle vor der Sozialdemokratie geschützt werden. Da die christlichen Gewerkschaften auf der Arbeitsstelle am erfolgreichsten eure Söhne vor schädlichen Einflüssen schützen können, müssen alle Junglinge Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes werden. In den Mitglieder-versammlungen der Junglinge-Sodalität wurden eure Söhne bereits erwähnt, denn christlichen Metallarbeiterverband beigetreten. Da es in katholischen Familien üblich ist, daß sich die Kinder zu allen wichtigen Entschlüssen die Genehmigung der Eltern einholen, bitten wir euch: gebt euren Söhnen nicht nur die Erlaubnis, dem christlichen Metallarbeiterverband beizutreten, sondern ermuntert sie so lange, bis der Beitritt vollzogen ist. In den nächsten Tagen werden Vertrauensmänner des christlichen Metallarbeiterverbandes euch einen Besuch abstatten. Diese werden die Beitrittserklärungen eurer Söhne in den Verband gern entgegennehmen. Katholische Eltern! Gebt euren Söhnen dem christlichen Metallarbeiterverband beizutreten.“

Ohne die tatkräftige Mitwirkung des Klerus könnte eine wirksame Arbeitergespaltung nicht betrieben werden und da dieser den Geldsack schütten muß, springen die Kaplanen munter in die Agitation für die Streikbrüdergewerkschaften ein. Sie geben dabei an, der Religion zu dienen, schaden ihr in Wirklichkeit jedoch mehr, als sie abtun. Nur zu, ihr konfessionellen Agitatoren für M.-Gladbach, wir wünschen euch guten Erfolg!

„Ja dementiere mir!“

Was dem alten „Papa“ Brangel, der sich selbst „dementierte“, recht war, muß dem „großen Christengenerale“ Effert billig sein, und entschlossen nimmt er die Feder und — „Ja dementiere mir!“ Die „Saarpfost“ brachte am 17. Dezember einen Bericht, nach dem Effert in einer Versammlung in Wilsdorf gesagt hat, „Kohmann habe in Wilsdorf gesagt, der Minister hat es ehrlich mit seinen Werten gemeint. Als Abgeordneter würde ich mich schämen, mit einer beratenden Nebenbaur vor eine Konferenz hinzutreten. Und doppelt würde ich mich schämen, wenn ich Abgeordneter eines Wahlkreises mit so starker bergmännischer Bevölkerung wäre, berant zu handeln und keinen anderen Rat zu wissen, als hübsch still zu sein und abzuwarten, was die Bergbehörde zu tun für gut befindet.“ Derselbe Effert, der am 17. Dezember gewaltig über Kohmann herfiel und ihm sagte, er solle sich schämen, daß er die Worte des Ministers für ernst gemeint hielt, doppelt schämen, weil er den Vergleichen seinen anderen Rat zu erteilen mußte, als hübsch abzuwarten, hielt am 20. Dezember die Worte des Ministers für furchtbar ernst und sagte den Saarbergleuten genau dasselbe, was Kohmann ihnen am 15. schon gesagt hatte, nämlich, hübsch artig zu sein, schön abzuwarten, was die Bergbehörde zu tun für gut befindet. Kollege Reinert hat nun im Landtag Effert „zitiert“ und ebenfalls angeführt, daß Effert bei einer früheren Gelegenheit jeden für verrückt erklärt habe, der noch vom preussischen Landtag die Erfüllung von Bergarbeiterforderungen erwarte, worauf Effert im „Vergeltung“ vom 15. „mir dementiert“:

„Die Einmündung, der Minister habe es ehrlich gemeint, habe ich eine Verlegenheitsausrede des Herrn Kohmann genannt, die er gebraucht habe, um sein arbeiterschädigendes Verhalten zu entschuldigen.“

Anderes haben wir und jedenfalls auch Reinert den Sinn der Effertischen Rede nie aufgefaßt. Kohmann wollte seinen Leuten vom Streik abtrotzen und da er ihnen absolut nichts bieten konnte, mußte er die Verlegenheitsausrede gebrauchen, der Minister habe es mit seinen Worten ehrlich gemeint, genau dieselben Verlegenheitsausrede, mit denen Effert seinen Anhang am 20. Dezember einschüflte! Weiter sagt Effert in seinem Dementi:

„Wenn es dem Herrn Minister beliebt sein sollte, sich seine Informationsrezepte in der „Berliner Räder“ ausstellen zu lassen, so beneide ich ihn darum nicht, er wird dann mit solchen Informationen recht häufig hereinkommen, wie schon viele vor ihm.“

In der „Berliner Räder“ sind ausschließlich zentristische angeführt, Partei- und Glaubensgenossen des „grofmächtigen“ Effert, denen er vorwirft, daß sie lügen, also zur Partei der verlorenen Halunken gehören, wie Wiemann das Zentrum „enannt hat. Warum aber sollte Effert besser sein? Daß er alle Bergleute für verrückt erklärt hat, die noch Vertrauen zu dem Landtag haben, gibt Effert zu, jedoch sei das nur einmal geschehen und dazu in einem bestimmten Fall. Demnach hat Effert in seinem Leben einmal, aber nur in einem bestimmten Fall einen lichten Moment gehabt.

Einige Antworten für den „christlichen“ Bezugsleiter des Saarbergwerks!

Seine „Majestät“, König der Nasen und Bezugsleiter des „christlichen“ Gewerkschafts für das Saarbergwerk, hatten die Güte, einige Fragen an mich zu richten und um „gefällige und freundliche Antworten“ zu bitten. Ohne Zweifel ist mir dadurch eine „hohe Ehre“ zuteil geworden, denn nicht jedem Bezugsleiter ist es verdonnert, mit einer „würdevollen Majestät“ in Unterhandlung treten zu können. Jubelstimmend, wie ich nun einmal bin, will ich auch nun dem guten König Peter einige Antworten geben. Aber bitte, nicht Hoch und Hoch rufen. Das würde mir wirklich leid tun. König Peter fragt, was das große Niederkorn eines Gewerkschaftsbeamten mit der Lohnbewegung im Saarbergwerk zu tun hat. Ich möchte nicht, daß Peter ein großes Niederkorn hat. Ich habe auch nichts davon geschrieben! Habe nur geschrieben, daß das Niederkorn dem Peter stets weit vorausseilt. Derartige Wendungen gebraucht man oft. Man sagt z. B.: der trägt die Nase hoch, denn eilt sie weit voraus, oder: der ist nahweis. Derartiges wollte ich auch dem Peter sagen. Ich will nun aber gerne zugeben, daß dem Peter die Nase nicht nur weit vorausseilt, sondern auch sehr groß ist und er darum mit Recht König der Nasen genannt werden kann. Dann meint König Peter, ich hätte doch selbst ein Niederkorn, das an einen orientalischen Typus erinnere. Zu welcher Sorte meine Nase gehörte, wußte ich selber nicht. Für diese Auskunft bin ich Guter „Majestät“, König der Nasen, sehr dankbar. Nur ein Unterchied besteht zwischen mir und König Peter noch. Ich kann meinen „Nasen“ nach mit einer Hand bedecken, während König Peter, wenn er sich an seinen „Nasen“ sagt, beide Hände voll hat! Dann meint der gute Peter noch, ob ich früher schon einmal bei der eblen Kunst der Hocherhebung beschäftigt gewesen sei, oder mich dieser Beschäftigung demnächst zuwenden gedenke. Wie dem auch sei, das eine aber heißt fest, daß der Peter der Glanzenreiner viel ehrlicher und nützlicher ist, wie der

Veruf eines „christlichen“ Arbeitergespaltener. Auch haben die Montanarbeiter nicht so schmutzige Finger, wie mancher „christliche“ Gewerkschaftsbeamte!

Dann fragt König Peter noch, wie ich dazu komme, die Bergleute aufzufordern, ihre Führer zum Teufel zu jagen. Nur keine Verschönerung! Ich habe die Bergleute aufgefordert, nur die „christlichen“ Führer zum Teufel zu jagen, weil sie von diesen nichts belegen und betrogen werden. Aber es ist auch noch nicht ausgeschlossen, daß der Teufel auf die „christlichen“ Arbeiterführer gerne verzichtet, weil sie ihm zu schlecht sind.

Sollten eure „Majestät“, König der Nasen und Bezugsleiter aller „christlichen“ Bezugsleiter des Saarbergwerks, demnächst noch mehr Fragen beantwortet wünschen, so erkläre ich mich schon im voraus gerne bereit. Ich verbleibe inwieweit mit gebührender Achtung Ihre

Heinrich Köppler.

„Laß dich in den „christlichen“ Gewerkschaften aufnehmen, dann helfe ich dir den Wagen auf's Geleise legen.“

Dieses Aufmunten richtete der „christliche“ Walter aus Solthausen an einen hiesigen Kameraden, dem auf jeche Mont-Cenis ein Steinwagen dazwischen gefallen war, den er nicht allein auf die Schienen heben konnte. Der „christliche“ Reparaturbauer kam hinzu und sah, wie sich der Kamerad abmühte, und glaubte, den Augenblick auszunutzen zu können, dem Streikbrüdergewerkschaften eine Seele zu retten. Der Kamerad antwortete jedoch, daß er längst organisiert sei und kein Verlangen nach dem Streikbrüdergewerkschaften habe, worauf der „christliche“ Walter lachend aufstand und zu schimpfen anfing, als ständen die Gebrüder Jambuch selbst da. „Weißt du, wenn du keinen Wagen schieben kannst“, „dummer Vauer“ usw. Schließliche forderte der „christliche“ unseren Kameraden nochmals auf, sich dem Streikbrüdergewerkschaften anzuschließen. Da dieser das wiederum ablehnte, ließ der Reparaturbauer den Vauer zweimal vor die Brust und drohte ihm, die Sacke in den Balk zu hauen, natürlich nicht etwa aus terroristischer Absicht, sondern nach „christlicher“ Devise: „Und wüßtest du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel ein, in Gottes Namen Amen!“ Der Mann fürchtete jedenfalls nach dem Posten eines „christlichen“ Generalstreikers, für den er den Beschäftigungsnachweis erbringen möchte, indem er einen Menschen zum Krüppel schlägt ober sich!

Königreich Sachsen.

Schwarze Listen gibt es nicht.

Diese lächerliche Ausrede wenden die Grubenverwaltungen ungeperrten Arbeitern gegenüber immer noch an, obgleich kein vernünftiger Mensch daran glaubt. Der Kamerad Borge aus Lebnitz hat, wie viele andere, seit dem Streik bis heute noch keine Arbeit auf der Grube wieder erhalten, trotz wiederholten Versuchen. Nach einmal vergeblich er, auf seinem alten Werk Arbeit zu erhalten, doch Herr Obersteiger Gölzer erklärte, er hätte Arbeiter genug und könnte ihn nicht einstellen. Das sind Ausreden. Schon mehrere Male hat Borge bei demselben Obersteiger noch Arbeit gesucht und jedesmal ein- und dieselbe Antwort erhalten, trotzdem vor und nach ihm Leute eingestellt wurden. Darauf meinte der Obersteiger: „Sie haben eben Glück, ich stelle Sie nicht ein.“ Nun versuchte er Borge beim Obersteiger Richter auf dem Geländebach und es schien, als wenn er hier Glück hätte, aber der Herr Obersteiger nahm eine List, und nachdem er einen Blick in dieselbe geworfen, lautete die Antwort: „Wenn Sie Ihr früheres Werk nicht wieder einstellen, kann ich Sie auch nicht einstellen.“ Nun wußte Borge Bescheid. Er geht zu denjenigen, die noch nicht „frei“ gegeben sind! Unerhörter, standhafter Zustand! Borge ging nun zum Herrn Direktor Mauerberger seiner früheren Grube. Dort wurde ihm erklärt, daß er keine Arbeiter gebrauche und auf die Bitte, ihn doch aus der schwarzen Liste zu streichen, damit er auf anderen Werken Arbeit bekomme, meinte der Herr Direktor, daß diese Listen schon drei Wochen nach dem Streik für ungültig erklärt worden seien. Offensichtlich Herr Mauerberger nicht der Auffassung, daß die Bergarbeiter dieses Märchen glauben sollen. Er selbst kann es nicht glauben, weil es einfach nicht wahr ist. Als sich Borge auf die Worte des Obersteigers nicht erziehen lassen, meinte der Herr Direktor: „Die Werke werden wohl auch erfahren haben, was Sie für ein Mann sind.“

Die Dinge im hiesigen Revier liegen einfach so: Schwarze Listen gibt es nicht, eingestellt wird niemand, der noch auf der schwarzen Liste steht, eingestellt darf niemand werden, der von seinem früheren Arbeitgeber noch nicht „frei“ gegeben ist, im übrigen sind die schwarzen Listen drei Wochen nach dem Streik für ungültig erklärt worden! Wehrlich, wenn die Sache nicht so traurig wäre, könnte man über diesen Zustand lachen.

Saargebiet und Reichslande.

Sie pfeifen auf dem letzten Loth.

Die „genialen“ Christengenerale haben sich in Saarabien so gründlich auf den Hund „geschlagen“, daß sie heute vollständig fertig sind und auf dem letzten Loth pfeifen. All ihre Bemühungen, die „jüdische Christenarmee“ nochmals zu sammeln, scheitern, die Saarbergleute haben die „Siegererei“ gründlich satt bekommen und auch die Protesten lassen die Generale im Stich. Ihre Denunziationen durch die „Saarpfost“ ziehen nicht mehr, die fiskalische Grubenverwaltung magrepelt doch nicht mehr so wie früher, denn die diese Musterchristen als „Genosse“ denunzieren. Andererseits will auch der „alte Mann“ in Trier, wie Hüster des Herrn Bischof verächtlich nannte, nichts mehr von dieser „Christenarmee“ wissen und hat seinen Klerus aus der Agitation zurückgezogen. Eine „christliche“ Zahlstelle nach der anderen verschwindet von der Bildfläche, immer bedauerlicher werden die Läden in den schon ohnedies so sehr gelichteten Reihen, der böllige Untergang ist unabwehrbar. Kein auch noch so marktschreierisches Versammlungsinerart verlornt den Saarbergmann mehr zu dem „christlichen“ Stelldichein, er hat den „christlichen“ Kohl nun überdrüssig genossen. Und weil demso ist, weil trotz aller M.-Gladbacher Verissenheit stets gähnende Leere in den Versammlungen herrscht, steigen die „großen Genies“ von ihrer hohen Warte herab und verschicken an die Kampfen, ganz gleich, ob diese frei, „christlich“, katholisch oder sonstige organisiert sind, folgendes Zirkular:

„Wetter Kamerad!

Du bist ebenso hüßlich wie bringend gebeten, der beiliegenden Einladung Folge zu leisten. Auch wäre es uns sehr erwünscht, wenn Du noch einige unorganisierte Kameraden mitbrächtest.

Lieber Freund! Auch Du weißt sicher die Erfolge unserer Bewegung zu schätzen. Durch das energische Eingreifen des Gewerkschaftsvereins ist der Saarbergmann voran gekommen. Die Anapptischverhältnisse sind besser geworden, die Familienkassenkasse wurde geschaffen, die Entloppereit heruntergesetzt und endlich die letzte Bewegung mit einem großen Erfolge beendet. Gewiß gibt es noch viel zu regeln, viele Wünsche der einzelnen Kameraden könnten noch von der Verwaltung herriedigt werden. Du persönlich hast sicher auch noch Wünsche. Aber diese Wünsche der Einzelnen können nicht in Erfüllung gehen, wenn jetzt die Hände in den Schoß gelegt werden. Es muß jetzt mit aller Energie weitergearbeitet werden. Da kann die Zeitung allein schlecht was machen. Da muß jeder wader mitarbeiten. Stärkung unserer Reihen ist das Allheilmittel. Du weißt ja selber auch wohl, daß jetzt die Geaner, wie Berliner, Genossen und sonstige Leute durch unehrliche Mänder die Erfolge des Gewerkschaftsvereins als nichts hinstellen wollen. In Zeitungen und Versammlungen ziehen sie gegen den Gewerkschaftsverein zu Felde. Da müssen wir in Versammlungen protestieren und hoffen wir bestimmt auf Dein pünftliches Erscheinen. Du mußt es als Ehrensache ansehen, Sonntag die Versammlung zu besuchen.

Beiliegend findest Du auch einen Aufnahmechein und wirst Du freundlichst erwidern, ein neues Mitglied für den Gewerkschaftsverein zu werden. Am Vorauas Dir für Deine Bemühungen dankend und Dir agitatorischen Erfolg wünschend, zeichne!

Mit freundlichem Glüdauf!

Die Bezugsleitung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter.

Fritz Kühnen.“

So betrachtet die Herrlichkeit dieser Welt! Weibern noch auf solchen Rossen und heute ist man gezwungen, zur Herbeiführung nur weniger Dummheit allwöchentlich hundert von Woxl in Gehalt von Dreipporto zu opfern. Die Saarbergleute kennen eben ihre Pappenheimer, wissen die „Erfolge“ des königlich-christlichen Arbeitswittengewerkschafts in abtührender Weise zu schätzen und bleiben den „christlichen“ Schaulustigen fern. Die „lieben Freunde“ verbitten sich ebenso „hüßlich wie bringend“, von ausgesprochenen Kandidaten und verlogenen Wurdnen doch weiter belästigt zu werden. Befahren gewisse Leute auch nur noch einen Funken von Anstandsgefühl, wäre bei ihnen nicht alle Scham längst zu den Hunden gegangen, so würden sie es kaum wagen, den non ihnen so oft Verdrogenen noch Auge in Auge zu stehen. Aber heute einer Wurz im Hundestall! Ein besonders „schläuer Litz“,

durch den sie den „Berlinern“ das Wasser abgraben wollten, ist ihnen vollständig daneben gelungen. Die M.-Gladbacher beabsichtigten in aller Stille einen Verband katholischer Arbeitervereine „Mit-Perliner Richtung“ zu gründen und hoffen, durch diesen Verband einen Teil der katholischen Vereinsmitglieder von den Berlinern loszureißen zu können, aber sie hatten dabei die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der Bischof hat die Gründung dieses Verbandes strikte unterlagert, und als die „Saarpfost“ darauf verfuhr, diesen Verband unter die Führung katholischer Laien zu stellen, unterlagerte der Bischof auch das. Für den Trierer Bischof gilt nur die Berliner Richtung und ist es gänzlich ausgeschlossen, daß unter seiner Herrschaft die Stimmung nochmals umschlagen wird. Die „Saarpfost“ verfuhrte es sogar, den Bischof in Widerspruch mit dem Papst zu setzen, da der Papst in der Veremtschaftenaghtila die „Christlichen“ ausdrücklich empfohlen und den Mitgliedern katholischer Arbeitervereine den Beitritt zu den „christlichen“ Gewerkschaften gestattet habe. Mit Recht weisen die Blätter der Berliner Richtung darauf hin, daß die „Saarpfost“ den Sinn der Enghilfs fälscht, der Papst die Förderung der Berliner ausdrücklich befohlen hat. Es kloppt nichts mehr, die selbstbezogenen Betrüger sind mit ihrem Latein am Ende, sie pfeifen aus dem letzten Loth.

Lohnbewegungen und Streiks.

Lohnbewegung auf Mont Cenis.

Auf den Schachtanlagen Mont Cenis in Sodingen haben wir ohne die „Christen“ eine erfolgreiche Lohnbewegung durchgeführt. Die Verwaltungen der genannten Schachtanlagen hatte durch den Agenten Härtle circa 150 Arbeiter in Vauern anwerben lassen. Den Kameraden war ein Schichtlohn von 4,50 bis 5,00 Mk. versprochen worden. Derselben belamen aber nur 4,20 Mk. pro Schicht ausgezahlt. 70 der angeworbenen Kameraden vertieken, nachdem sie den Vau von innen besetzen hatten, ihre neue Heimat. 80 Zurückgebliebene stellten die Forderung an die Direktion, wenigstens den Lohn von 4,50 Mk. zu zahlen. Die Direktion bestritt, dem Agenten erlaubt zu haben, einen solch „hohen“ Lohn versprechen zu dürfen. Der Agent sollte zwecks einer Aussprache zur Sache kommen. Doch er blieb aus, weil er angeblich einen Fuß verrenkt hatte. Es wurde erneut ein Schriftstück an die Direktion eingereicht, in welchem zum 31. März die Kündigung ausgesprochen wurde, falls nicht der versprochene Mindestlohn gezahlt würde. Dieses Schriftstück wurde von 80 Kameraden unterzeichnet. Die Direktion versprach nun, ab 1. März 4,40 Mk. pro Schicht zu zahlen und vorläufig pro Monat und Schicht 10 Pf. zuzulegen bis der Höchstlohn von 5 Mark erreicht ist. Innerhalb dieser Zeit sollen auch sämtliche Kameraden vor die Kohle verlegt werden.

Dieses wäre nicht von den Kameraden erreicht worden, wenn sie unorganisiert wären. Von den Agenten ist ja — das kennt man — in der Regel nichts zu holen. Jetzt sind wieder circa 80 Kameraden in Sachsen angeworben, denen dieselben Versprechungen gemacht worden sind. Wie man sie behandelt, werden wir noch sehen.

Abwehrkraft auf der Braunkohlengrube Gnadenreid in Petersdorf bei Zirkelwalde.

Schon öfters war die Verlesenschaft gezwungen, geplante Verschlechterungen der Grubenverwaltung abzuwehren. Daß es aber um Weseitigung von Mißständen, die für die Grubenverwaltung eine Selbstverständlichkeit sein sollte, zu einem Kampfe kommen würde, hätte wohl keiner gedacht. Am 11. März haben fast sämtliche bei der Kohlen-gewinnung beschäftigten unterirdischen Arbeiter die Arbeit niedergelegt, da sie die neuesten Maßnahmen der Verwaltung, die den Schatz der Arbeiter an heißen Arbeitsorten illusorisch machen, nicht annehmen konnten. Bekanntlich besteht im Vergesetz die Bestimmung, daß die Arbeiter vor Orten mit einer Temperatur von 28 Grad Celsius und darüber nur sechs Stunden beschäftigt werden dürfen, reichlich lang genug in einer derartigen Grubentemperatur, um die Gesundheit der Leute zu ruinieren. Damit aber diese gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden, kam im Landtag zum Ausdruck, daß die Arbeiter vor heißen Orten gegenüber den anderen Arbeitern im Lohn nicht benachteiligt werden sollten. Das ist auch bis zum Amtsantritt des neuen Obersteigers befolgt worden und erhielten die Leute an den heißen Betriebsorten denselben Lohn. Jetzt zahlt man ihnen Schichtlohn, jedoch sie pro Schicht eine Einbuße von 1,00—1,11 Mk. haben, weil sie in der warmen Temperatur in den sechs Stunden nicht in der Lage sind, dieselbe Arbeit zu leisten, wie die bei längerer Arbeitszeit und frischer Luft. Nun behauptet zwar die Verwaltung, daß, wenn einer 28 Wagen gebracht hat, die anderen es auch bringen müssen. Man läßt aber unberücksichtigt, daß die Wagen nur geholt worden sind, indem die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeit überschritten wurde. Das aber scheint die Verwaltung nur zu wollen, denn der Direktor erklärte, daß, wenn die Arbeiter in sechs Stunden denselben Lohn erhalten, so zu Unrecht. Wenn sie mehr verdienen wollten, dann müßten sie eben dieselbe Zahl bringen, wie die anderen und 12 Stunden arbeiten, wie die Arbeitsordnung vorgeschreibt. (!) Im Interesse des Lebens und der Gesundheit müßten die Arbeiter sich gegen die Zumutung wehren. Hinzu kommt noch das Fehlen von geförderten Wagen. Die Kohlen müßten mit der Saare — eine unumstößliche Schinderei! — nach der Saare gefahren werden. Nach vor einiger Zeit wurde auf 5 1/2 Karren ein Wagen erzielt. Jetzt reichen 6 Karren nicht mehr aus. Kürzlich fehlten in Saurre III 15 Wagen, 18 Wagen wurden abgezogen. In Saurre IV fehlten 13 und in Saurre II 8 Wagen. Auch fehlt es meistens an geringem Holz. Sölger von 8—12“ Turdmesser und dazu noch ganz grün, müssen in den steilen Sodwänden verwendet werden. Es kommt nicht selten vor, daß ein Mann die Sölger nicht hochkommt und sich Hilfe holen muß. Des Weiteren konnte die Verwaltung sich die Schulanierung des Sicherheitsmannes nicht verkneifen. Am Sonnabend (an welchem Sonnabend? D. Red.) war derselbe zur Nachtschicht aufgeführt. Der Aufseher frug den Sicherheitsmann in der Grube, ob er nicht mit einem anderen Arbeiter tauschen wolle, was dieser verneinte. Beim Schichtwechsel wurde er noch als Nachtschicht aufgeführt und erschied infolge dessen am 10. abends zur Infahrt. Die Infahrt wurde ihm verweigert. Er könne dableiben, wenn er 24 Stunden hintereinander arbeiten wolle. Eine Verhandlung lehnte der Direktor ab mit den Worten: „Es bleibt alles bestehen, wie ich angeordnet habe.“ So blieb den Arbeitern kein anderer Weg übrig. Die seitens des Direktors der Organisation angehängten Verhandlungen haben sich bis jetzt zerschlagen, weil der Direktor auf seinem Herrn-im-Hause-Standpunkt beharrt. Bezeichnend ist das Verhalten des Herrn Bergverwalter dem Streitenden gegenüber, den sie um Vermittlung angerufen hatten. Obwohl er sich vor circa zwei Jahren dem Arbeiterausfluß gegenüber äußerte, daß der Arbeiter an heißen Orten denselben Lohn erhalten müßte, wie die anderen Arbeiter, hat er die Vermittlung abgelehnt, weil die Arbeiter in den Streik getreten seien. Dabei muß aber in Betracht gezogen werden, daß der Ausschuß den Bergverwalter sofort angerufen hat. Nach dem, was der Direktor den Vertretern gegenüber erklärte, ist seine Stellungnahme nicht verwunderlich. Der Vertrag habe gesagt, wenn die Verwaltung die Forderungen bewillige, würde sie eine Schraube ohne Ende auslösen. Die Grubenverwaltung schüßte sich bei ihren Maßnahmen auf die Bergbehörde. Preußen in Deutschland und Deutschland in der Welt voran! Aber fragt nur nicht, auf welche Art. Die Streikenden haben die Hand zum Frieden geboten. Dies ist abgelehnt worden, deshalb tragen auch diejenigen die Verantwortung, die durch ihr Verhalten die Arbeiter in den Kampf getrieben haben.

Generalkreit für Oberschießen.

Die gesamte oberchristliche Tagespresse teilt übereinstimmend mit, daß die Polnische Berufsvereinigung den Generalkreit der oberchristlichen Bergarbeiter für den 15. März beschlossen habe, sofern die Grubenbesitzer ihre Eingabe entweder gänzlich oder ablehnend beantworteten würden. Am 23. Februar hat die Berufsvereinigung in Kattowitz eine Konferenz seiner Vertrauensleute abgehalten, welche als Vertretung der gesamten Bergarbeiterchaft Berücksichtigung in den „Kattowitz“blättern genannt wird. Auf dieser Konferenz wurde beschlossen, noch einmal an die Berufsbesitzer heranzutreten und die alten Forderungen nochmals zu stellen und zu prüfen, sofern die Forderungen nicht erfüllt würden. Die Forderungen sind in der Form von Fragen gestellt und lauten:

1. Beabsichtigt die Direktion eine Änderung der Arbeitsordnung in der im Oktober 1912 gestellten Form vorzunehmen?
2. Von wann ab beabsichtigt die Direktion die achtstündige Schicht einzuführen?
3. Will die Direktion den unter Tage beschäftigten Arbeitern eine 1/2tündige Mittagspause gewähren?
4. Beabsichtigt die Direktion die mangelhaften Verhältnisse in der Grube zu beseitigen und die Arbeiter besser zu behandeln?

5. Beabsichtigt die Direktion den Minimallohn zu zahlen, wie er in der vorgelegten Abänderung der Arbeitsordnung gefordert wurde? Oder will die Direktion die Löhne in anderer Weise aufbessern und in welcher Höhe?
 6. Beabsichtigt die Direktion den Arbeitern mindestens einen 14-tägigen Urlaub jedes Jahres zu gewähren?
 7. Garantiert die Direktion den Arbeitern das volle Koalitionsrecht?

Es handelt sich also hauptsächlich um die Forderung der Achtstundentage einschließlich einer anderthalbstündigen Pause und selbstverständlich der Ein- und Ausfahrt, einen Minimallohn von 8 Mark, auskömmliche Behandlung, alljährlich 14 Tage Urlaub und die volle Koalitionsfreiheit. Das sind Forderungen, die durchaus berechtigt sind und welche es uns sehr freuen, wenn die Polnische Berufsvereinigung ihr Schlichteramt nicht eher einleiten wollte, als bis diese Forderungen samt und sonders erfüllt sind. Sie würden damit nicht allein den obersteinsten Bergarbeitern einen unschätzbaren Dienst erwiesen, die Arbeitsverhältnisse in Oberschlesien so gehalten, daß sie die besten im deutschen Bergbau wären, sondern auch bewiesen, daß eine uneinige Arbeiterschaft das einige Unternehmertum besiegen kann und damit die organisatorische Zersplitterung der Bergarbeiter rechtfertigen. Bisher wurde die Berufsvereinigung mit zwei Vertretungen vom preussischen Landtag nicht nur nicht abgewiesen, sondern noch verpöbelt, während Unternehmer und Bergbehörde auf ihre Eingaben und Lohnforderungen nicht einmal antworteten. Jetzt wird sie durch den Generalstreik bewiesen, was sie ohne unseren Verband erreichen kann und wie wir wünschen ihr guten Erfolg.

An unsere Verbandsmitglieder!

Werft die „Bergarbeiter-Zeitung“ nicht fort, benützt sie zur Hausgitation, gebt sie den Unorganisierten und macht diese auf besonders wichtige Artikel aufmerksam. Wenn die „Bergarbeiter-Zeitung“ voll und ganz ihren Zweck erfüllen soll, — dann muß sie an Unorganisierte weiterverbreitet werden.

Verbandsnachrichten.

Des Osterfestes wegen erscheint die nächste Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ einen Tag später.

Der dieswöchentlichen Zeitungsendung liegt ein Kuvert für die Vertrauensleute bei.

Die Zahlung der Verbandsbeiträge darf nur gegen Einleben der Wochenmarken durch den Voten oder den Viertelkassierer erfolgen.

Kolnangestellter gesucht!

Für den Bezirk Alken ist die Stelle eines Kolnangestellten zu besetzen. Der anzustellende Kollege soll sich besonders der Aktuation im Kreise Lüdinghausen widmen. Die Bewerber haben bis zum 28. März 1913 ihren Lebenslauf und einen kurzen Auszug über die Aufgaben eines Kolnangestellten beim unterzeichneten Vorstand einzureichen. Aus dem Lebenslauf muß die bisherige Tätigkeit des Bewerbers sowie sein Eintritt in die Bewegung hervorgehen. Bedingung ist fünfjährige Mitgliedschaft in unserem Verbande und Befähigung in der mündlichen und schriftlichen Aktuation.
 Der Vorstand. J. H. Fr. Susemann.

Achtung!

Kameraden

Achtung!

In der Sache Pickers und Genossen gegen den Zechenverband werden nachstehende Kameraden um sofortige Angabe ihrer jetzigen Adresse an die Herren Rechtsanwältin Max Abel und Dr. jur. Herzfeld in Essen, Hansstraße, Nummer Nr. 40—42; Johann Pickers, Essen; Jakob Bauer, Aray; Wilhelm Fellermann, Dortmund; Thomas Petrovitz, Varop; Meinhold Schmidt, Wattenscheid; Heinrich Bahl, Wattenscheid; Wilhelm Spielermann, Wesselnkirchen; Hugo Roth, Voltmarstein und Paul Niebel, Horkmar.

Sehe Friedländer Nachbar. Am 25. März findet auf dieser Seite die Wahl eines Sicherheitsmannes statt. Gewählt wird morgens von 10—11 Uhr und nachmittags von 4—5 Uhr. Wir erwarten von unseren Mitgliedern, daß sie sich geschlossen an dieser Wahl beteiligen. Keiner darf fehlen!

Rechtsschutz betreffend.

Achtung! Verbandsmitglieder im Bezirk Spenntenberg! (Ausschneiden und aufbewahren.) Die Sprechtag für Rechtsschutz finden jeden Dienstag und Freitag, vormittags von 11 bis 1 Uhr und nachmittags von 5 bis 7 1/2 Uhr, statt. Die Kameraden werden gebeten, genau auf die Tage und die Zeit zu achten, da an anderen Tagen Rechtsschutz nicht erteilt werden kann.

Adressenveränderungen.

Bohum IX. Der Kassierer Heinrich Kremer wohnt jetzt Knappenstraße 43.

Bibliotheken.

Uebdorf (Wormrevier). Die Ausgabe der Bücher findet in der Wohnung des Kameraden Friedrich Fickenslein statt. Um stichige Benutzung wird ersucht.

Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:
 Bochold. Vom 25. März bis 10. April.
 Lüdinghausen. Vom 15. März bis 15. April.
 Damborn I. Vom 1. bis 15. April.
 Sulzbach-Laar. Vom 15. bis 31. März.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden:
 Heren. Jeden Montag in der Wohnung des Kassierers August Ehring, Ewaldstraße 22.
 Horkmar. Jeden Sonntag nach Abschlag und Lohnzug beim Kassierer Hermann Madel, Industriestraße 9.
 Hüggenortmund. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat beim Kassierer Erik Schwarz.

Krauzpendemarken.

In folgenden Zahlstellen werden Krauzpendemarken à 10 Pf. geltebt:
 Horkmar. Vom 15. bis 31. März.

Achtung! Kaliarbeiter Deutschlands!

Am Samstag, den 22. März 1913, vormittags 8 1/2 Uhr, beginnt im Saale des Gesellschaftshauses Posthorn in Hannover-Linden, Deisterstraße 64—66, der

Kaliarbeiter-Kongress.

Tagesordnung:

1. Die gemeingefährliche Entwicklung des deutschen Kalibergbaues sowie die Maßnahmen der Regierung und Werkbesther. (Referent: Redakteur Otto Sue-Essen.)
 2. Wie sind bei der bevorstehenden Wenderung des Kaligehaltes die Interessen der Arbeiter zu wahren? (Referent: Bezirksleiter Max Gärtnner-Sannover.)
- In den Verhandlungen des Kongresses können außer den gewählten Delegierten auch die Kaliarbeiter und sonstige Interessenten als Gäste teilnehmen. Die Einberufer.

An unsere Verbandsmitglieder!

In Gemäßheit des Beschlusses unserer letzten Generalversammlung und der §§ 69 und 70 unseres Statuts beruft der unterzeichnete Vorstand hiermit die

20. Generalversammlung

unseres Verbandes nach Hannover ein.
 Sonntag, den 27. April 1913, nachmittags 6 Uhr, im Saale des Stablfabrikanten „Linderhof“ in Hannover-Linden:

Eröffnung und Konstituierung.

Montag, den 28. April 1913, vormittags 9 Uhr, im Saale des Restaurants „Parkhaus“ in Hannover- Herrenhausen:

Beginn der Verhandlungen.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Konstituierung der Generalversammlung.
 2. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.
 3. Statutenänderung. (Referent: Friedrich Schmidt.)
 4. a. Bericht des Vorstandes. (Referent: Herm. Sasse.)
 b. Kassenbericht. (Referenten: Karl Stühmeyer und Gustav Schreiter.)
 c. Bericht des Kontrollausschusses. (Ref.: S. Munsbeck.)
 d. Bericht über die Presse. (Ref.: Theodor Wagner.)
 e. Bericht über die Lohnbewegungen. (Referent: Robert Witt.)
 5. Die Massenerkrankung im Bergbau. (Referent: Heinrich Köppler.)
 6. a. Bericht über den Gewerkschaftskongress in Dresden. (Referent: Max Gärtnner.)
 b. Wahl der Delegierten für den nächstjährigen Kongress.
 7. Konzentration, Syndikatspolitik und Verstaatlichungsfrage im Bergbau. (Referent: Otto Sue.)
 8. Wahl des Vorstandes, des Kontrollausschusses und der Redakteure.
 9. Beratung der noch nicht erledigten Anträge.
 10. Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung.
- Mit Glück auf!
 Der Vorstand. J. H. Fr. Susemann.

Zahlstellen-Versammlungen u. Steuertage

Brandb. Bezirk Leipzig. Jeden Sonnabend nach dem 15. des Monats, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Krebs.
 Böhlsheim. Jeden vierten Sonnabend, abends 8 Uhr, im bekannten Lokale.
 Melchweiler. Vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Müller.
 Charfreitag, den 21. März 1913:
 Bütendorf. Nachmittags 2 Uhr, in Gladbeck, Sandstraße 64.
 Wattenscheid II. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Brandt.
 Vortrag. Referent zur Stelle.
 Jeden Sonntag nach dem 20. des Monats:
 Groß-Abfalg. Nachmittags 4 Uhr, wo? sagt der Vole.
 Gelsdorf. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zur Stadt Hamburg“, Holzberg.
 Holzhausen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Schirmer.
 Horkmar. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zu Rahndorf.
 Mart bei Hamm. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Vertford in Mart.
 Niehe. (Zeitangabe fehlt.) Wo? sagt der Vole.
 Sallgast. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Rupp.
 Werne a. d. Rype. Nachmittags 3 1/2 Uhr, wo? sagt der Vole.

Jeden vierten Sonntag im Monat:

Altenburg. Nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftsheim.
 Altenrade. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Westhoff.
 Bergen. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Wilhelm Düppe.
 Böhlsinghausen. Nachmittags 4 Uhr, in der Gemeindefabrik des Herrn Hof. Distel.
 Brambauer I. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Huse (früher Meier).
 Brambauer II. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Aldermann.
 Bredendorf. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zur Brühlhölle“.
 Brühlhölle. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich Kattemper.
 Büsche. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Bredendorf in Buer, Pagenstraße.
 Dittweiler. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schanz.
 Effen-Wattenscheid. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn J. Waas, Rüttenfelderstraße.
 Frohnde. Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich Maite.
 Horne II (Wanlan). Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Schradt, Hakenstr.
 Hoven. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich Welschhoff (fr. Hofmann).
 Hüll. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Krüger, „Paradies“.
 Hülstedde. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Schart in Hülstedde.
 Hüttern. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich, Stelzstraße.
 Kirchdorf. Nachmittags 3 Uhr, beim Gastwirt August Wilmmer.
 Lehesten. Nachmittags 3 Uhr, im Schießhaus.
 Mart. Vormittags 9 Uhr, im Lokale des Herrn Otto Verthold, Lange Meise.
 Marl. Nachmittags 3 Uhr. Wo? sagt der Vole.
 Mangel-Schwerin. Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Hans, Gasthof-Schmerin.
 Mielinghausen-Eb I. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale „Gründer“, Hochstraße.
 Mielinghausen-Eb II. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale „Zur Weidmühle“.
 Schanze. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Theodor in Schanze.
 Schanzenberg. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Albert, Schanzenbergstraße.
 Steen bei Witau. Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant des Herrn Weimicker.
 Sulzbach (Saar). Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wegner.
 Throna. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wendel in Borkendorf.

Sonntag, den 23. März 1913:

Uebendorf. Abends 8 Uhr, im Lokale der Frau Wittenberg, „Wilmersgarten“.
 Uebendorf. (Zeit- und Lokalangabe fehlt.)
 Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen!

Wichtige technische Vorträge

hält der Vorsitzende des Steigerverbandes Herr Weener aus Essen über: Schlagwetter, Kohlenstaub und die Verhütung der durch sie drohenden Gefahren; in folgenden gemeinschaftlichen Zahlstellen-Versammlungen:

Charfreitag, den 21. März 1913:

Müllemberg, Hadjench, Vittermarkt, Hornbruch, Brühlhölle und Ardy-Hörbe. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Wacht in Müllemberg.
 Wellinghofen, Beulunghofen, Vegghofen, Schichten I u. II, Hogenhüllberg und Schanze. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Meinhard (früher Witten) in Wellinghofen.
 Der Vortragende wird seine Ausführungen durch Anwendung der verschiedensten Experimente verständlich machen, wodurch die Versammlungen für jeden Besucher nicht nur lehrreich, sondern auch höchst interessant werden.
 Die Mitglieder wollen für guten Besuch agitierten. Gäste sind willkommen.

Jedes Mitglied des Verbandes

ist verpflichtet, die regelmäßigen Wochen- und Extrabeiträge pünktlich zu zahlen. Dies ist notwendig, damit es seine erworbenen Rechte an den Verband nicht verliert.

Jedes Mitglied des Verbandes

muß die Bestimmungen des Statuts und die Beschlüsse der Verbandsorgane und Verbandsstage befolgen. — sowie regelmäßig und pünktlich die Versammlungen besuchen.

Jedes Mitglied des Verbandes

soll auch ein unverwundlicher Krieger für den Verband sein, damit dieser immer mehr geklärt wird und den Kampf gegen die Greuelherren aufnehmen und führen kann. —

Alle Bestellungen und Zuschriften für die Firma H. Hausmann & Co. in Bohum adressiere man an diese selbst und nicht an die Privatadresse G. Schreiter, wie das immer noch geschieht.

Öffentliche Knappschäftsmitgl.-Versammlungen

Charfreitag, den 21. März 1913:
 Kuhlende. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Leffler, Auguststraße. — Wer vertritt die Rechte der Knappschäftsmitglieder im 14. Knappschäftsverein. Referent zur Stelle.

Belegschafts-Versammlungen

Sonntag, den 30. März 1913:
 Jede Kaiserhölle, Schacht I u. II. Vormittags 10 Uhr, im „Säulenpfeil“ in Dortmund, am Riesenmarkt. — 1. Bericht des Arbeiterausschusses. 2. Vortrag über die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter und möglichen Vorteil haben dieselben von der jüngsten Koalitionsrat. Referent zur Stelle.
 Kameraden, erachtet jährlich in dieser Versammlung!

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen

Grannabend, den 29. März 1913:
 Bitterfeld. Abends 8 Uhr, im Gasthof „Hohenzollern“. — Die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter und auf welche Weise kann eine Besserung der Verhältnisse auf den Gruben eintreten. — Referent: Kamerad Hermann Sasse, Bohum.
 Sonntag, den 30. März 1913:
 Gräfenhainichen. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Gasthof „Zur goldenen Sonne“ (Zah. 34). — Die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter und auf welche Weise kann eine Besserung der Verhältnisse auf den Gruben eintreten. — Referent: Kamerad Hermann Sasse, Bohum.
 Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen.

Achtung! Ortsverwaltungen Achtung!

Zufolge wechsfacher Nachträge haben wir aus

Große Stempelfischen

(Stempelfische 9-16 cm) angelegt, die wir zum Preise von 75 Pf. pro Stück abgeben können. G. Hausmann & Co., Bohum

Achtung Knappschäftsälteste!

Kommission Essen
 Charfreitag, den 21. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schöneckeb. „Zu den vier Jahreszeiten“, in Essen, Hülfen-Allee, am Saalbau.

Neuesten-Konferenz

Tagesordnung:
 1. Vortrag des Kameraden Janschel über: Die Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung. 2. Geschäftliches. 3. Verschiedenes.
 Um allseitiges und pünktliches Erscheinen ersucht. Der Obmann.

Zahlstellen-Feste.

Der. Montag, den 24. März (2. Osterfeiertag), nachmittags 4 Uhr, im Saale des Herrn Anton Polle in Der: Erkes geistliches Zahlstellenfest, bestehend in Konzert und Ball. Eintritt 50 Pf. Dame frei. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. 11n

Stodum. Montag, den 24. März (2. Osterfest), nachmittags 4 Uhr, im Saale des Herrn Emil Wöhlfarth: Geistesreiches Zahlstellenfest, bestehend in Konzert, Theater und Ball. Zur Aufführung gelangt: Göttergötter, Drama in vier Akten. Eintritt für jugendliche 30 Pf., eine Dame frei. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. 16n

Prima Wachsuh-Waren

Zeitungstaschen 25-37-11 cm Einl. I 2,25 RM, Einl. II 1,25 RM.
 Verbandsbuchstaschen mit 1 Knopf 0,30 RM, mit 2 Knöpfen 0,32 RM.
 Doppelstaschen 0,35 RM. Dreifachstaschen mit Schloß 0,75 RM.
 Aktentaschen 15-25 cm 1,25 RM. 20-30 cm mit 2 Knöpfen 1,50 RM.
 25-40 cm mit 2 Knöpfen 1,75 RM. 25-40 cm mit Schloß 2,50 RM.
 Kassenbeutel 11-13 cm 0,55 RM, 11-15 cm 0,70 RM.
 Kassenbeutel 25-40 cm mit 2 Schloßern 6,50 RM.
 Preise beziehen sich auf Bohum. — Anträge durch die Ortsverwaltungen erbeten. — Andere Bestellungen nur gegen Nachnahme.
 H. Hausmann & Co., Bohum, Wiemelhauser Straße 42

Kameraden, erneuert das Abonnement auf die illust. Zeitschrift

„In freien Stunden“

Illust. Romanbibliothek für das arbeitende Volk.
 In Wochenheften, je 24 Seiten, für 10 Pf.
 Abonnements nehmen alle Volksbuchhandlungen sowie die Zeitungsboten der sozialdemokratischen Parteipresse entgegen.

Die neue

MSD

Prakt. Führer durch die Reichsversicherungsordnung für alle Versicherten

Preis 75 Pf. Neue, völlig umgearbeitete und mit Musterformularen bereicherte Ausgabe Preis 75 Pf.

Beim Inkrafttreten der neuen Versicherungsgeetze ist der Bedarf an Büchern, deren Inhalt geeignet ist, den mit spröden Gesetzestexten nur wenig vertrauten Versicherungsnehmer Rat und Aufklärung zu geben, ein ziemlich umfangreicher. Wir möchten daher nicht unterlassen, hiermit auf eine erprobte Broschüre hinzuweisen resp. sie zur Anschaffung zu empfehlen, deren Verfasser — die Arbeitersekretäre Kreis und Gäldeberg in Halle a. S., Wöhlfinger und Händel in Magdeburg — für den anerkannt guten Inhalt des Buches bürgen, und mehr als 30000 verkaufte Exemplare bezeugen seine absolute Brauchbarkeit.

Knappen-Unterstützungs-Berein „Glück auf“

Höflichhausen
 Sonntag, d. 30. März 1913, nachmittags 4-6 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. W. Jansen:

Zahltag Generalversammlung.

- Daran anschließend: Angeordnet.
 Tagesordnung:
 1. Festangelegenheiten u. Festberding.
 2. Abkündigung über einen eingegangenen Antrag betr. Verdingung der Mitglieder.
 3. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet.
 Der Vorstand.

Neuerscheinung: Mary-Porträt

Zum 30. Todestage herausgegeben. Das Porträt ist von einem bedeutenden Künstler gezeichnet. Die Reproduktion ist auf Billigpapier erfolgt und kostet das Bild 50 Pf.
 G. Hausmann & Co. in Bohum

Der preussische Landtag

Sandbuch für sozialdemokratische Landtagsabgeordnete.
 Beschrieben vom Landtagsabg. Dr. G. Hoffmann, neu bearbeitete Auflage. Fortgesetzt bis Januar 1913. Preis gut gebunden 5,00 Mark.
 Zu beziehen durch:
 G. Hausmann & Co. in Bohum